Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 250. Dienstag, den 25. Oktober 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das verschleierte Bild zu Sais.

Die kommenden Reichstagswahlen werfen ihren Schatten voraus. Dieser wird immer länger und in gleichem Maße dunkler und verworrener wird die ganze Situation. Seltsame Vorschläge tauchen auf. Vom politischen Spießbürgertum wird der Reichskanzler angefleht, die Führung im Wahlkampfe zu übernehmen; denn diese Menschenklasse erwartet alles Heil stets von der jeweiligen Regierung. Der Herr Reichskanzler soll alle Parteien „sammeln“, um sie zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu führen. Ja, wenn es sich nur darum handeln würde, einen großen Ordnungs-Kuddelmuddel gegen die Sozialdemokratie zu bilden, so wäre das an sich eine sehr leichte Sache. Im bornierten und grimmigen Hasse gegen die Sozialdemokratie ist sich alles einig bis auf wenige Elemente, die noch an guten alten Traditionen festhalten. Aber man streitet sich über die Teilung des Bärenfelles, bevor der Bär erlegt ist; jeder will das größte Stück an sich reißen und das ist es, was dem guten Herrn Reichskanzler die Arbeit des „Sammelns“ so sauer macht.

Die liberale Presse sucht ihre Wähler aufzuschrecken, damit sie sich den anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie anschließen sollen. Sie läßt zu diesem Zweck das fürchterlichste Wahlgespenst emporsteigen, welches der liberale Philister kennt, nämlich eine schwarzrote Mehrheit im Reichstage. Zentrum und Sozialdemokratie am Ruder — da kann allerdings eine liberale „Mannesseele“ vor Schreck den Schlafrock verlieren. Es wird berechnet, daß 150 Sozialdemokraten in den neuen Reichstag kommen werden, sowie daß das Zentrum in seiner bisherigen Stärke wiederkehrt. In diesem Falle würden Zentrum und Sozialdemokratie beinahe eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage bilden können — wenn man die Anhängsel des Zentrums mitrechnet.

Nun ist es immer eine mißliche Sache, Wahlergebnisse im voraus berechnen zu wollen. Wir sind auch der festen Überzeugung, daß die Sozialdemokratie bei der nächsten Wahlbewegung einen großen Aufschwung nehmen wird, aber wir möchten uns doch nicht weiter mit der Vermutung beschäftigen, wie viele Mandate uns zufallen werden. Die nationalliberale Angstrechnung greift sicher viel zu hoch; das geschieht aus einer leicht zu erkennenden Absicht.

Unmöglich ist es nicht, daß das nächste Wahlergebnis sich so gestaltet, daß Zentrum und Sozialdemokratie die Mehrheit bilden können. Und bei diesem Gedanken schlägt dem liberalen Spießbürger das böse Gewissen; er sieht sich auf Gnade und Ungnade den beiden Parteien ausgeliefert, von denen er nicht weiß, welche das größere und welche das kleinere Übel für ihn ist. In Baden gilt den Nationalliberalen die Sozialdemokratie als das kleinere Übel, aber das ist anderwärts nicht so. Weiter gegen Norden wird das Zentrum vom Nationalliberalismus als das kleinere Übel angesehen.

Die Gewandtheit und Anpassungsfähigkeit des Zentrums ist bekannt. Diese Partei würde auch, wenn sie mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit bilden müßte, sich gern den Umständen anbequemen und mit der Sozialdemokratie zusammen eine „Nebenregierung“ bilden. Wie die Kirche einen guten Magen hat, der sie schon so viele Länder auffressen und vertragen ließ, so hat sie auch kein allzu enges Gewissen.

Wir sind nicht dazu da, den angstschwitzenden liberalen Philister zu beruhigen; wenn die Aussicht auf einen schwarzroten Kurs dieser Menschensorte schlaflose Nächte macht, so geschieht es ihr recht; denn wir haben gerade den liberalen Philister zurzeit des Sozialistengesetzes wehrlose Arbeiter mit der Wut des losgelassenen Kettenhundes hetzen sehen und für all die Gemeinheiten, die wir von dieser Seite erfahren, wären schlaflose Nächte eine geringe Strafe. Dennoch wollen wir so großmütig sein, den liberalen Philister wenigsten von einem Teil seiner Angst zu befreien.

Die Nationalliberalen haben mit Junkern und Pfaffen die agrarischen Beutezüge mitgemacht. Aber glaubt man denn, daß die Sozialdemokratie, wenn sie imstände wäre, mit dem Zentrum eine Mehrheit zu bilden, darum die reaktionäre Zentrumspolitik auch nur einen Schritt weit mitmachen würde? Die Nationalliberalen haben kein Recht, andere nach sich zu beurteilen. Die Sozialdemokratie wird niemals dem römischen Oberpriester einen Anlaß geben, ihr seinen Segen zu spenden.

Aber die Geschicklichkeit der Zentrumsjesuiten? Nun, wenn diese es fertig gebracht haben, die liberalen Schwächlinge über den Löffel zu barbieren, so ist damit wahrlich kein Grund gegeben, zu glauben, daß sie dies auch bei den auf festem prinzipiellen Grund stehenden Sozialisten fertig bringen werden.

Allerdings, die Sozialdemokratie wird, wenn sie eine solche Position im Parlament errungen haben würde, selbstverständlich bemüht sein, diese nach Kräften zum Vorteil der von ihr vertretenen Arbeitermassen auszunutzen. Aber auch bei diesem Gedanken fährt dem liberalen Philister die Angst ins klappernde Gebein. Dann steht es für ihn fest, daß die Regierung den neuen Reichstag auflösen wird. Daß dieser kein langes Leben haben wird, nimmt man übrigens fast allseitig an.

Aber die Wähler des Zentrums und der Sozialdemokratie — so kalkuliert der liberale Philister weiter — werden sich von ihrem Standpunkt nicht abdrängen lassen; der wiederum zu wählende Reichstage wird womöglich eine noch stärkere Sozialdemokratie aufweisen — und was dann?

Was dann? Ja dann steht man vor dem verschleierten Bild von Sais. Und wenn der Schleier fällt, so wird der liberale Philister erschrecken, wie jener neugierige Jüngling, von dem der Dichter nicht sagt, was er gesehen hat. Der Liberalismus aber wird dann das Unheil, das er mit seiner Schwäche, seiner Feigheit und seinem Volksverrat über Deutschland gebracht, in seiner abschreckendsten Gestalt vor sich sehen ....

Noch immer ertönen einzelne Stimmen, welche die Mahnung ergehen lassen, man solle „die Gelegenheit nicht verpassen“, die nicht so leicht wieder kommen werde; Nationalliberale, Linksliberale und Sozialdemokraten müßten zusammengehen gegen die Reaktion. Nun, die Sozialdemokratie wird, wie sie immer getan, wo sie zu entscheiden hat, gegen die Reaktion entscheiden; daß bei den Nationalliberalen und Linksliberalen dasselbe geschehen wird, dafür hat sie wenig oder gar keine Gewähr.

Wohl aber liefert die heute schon so kläglich hervortretende Angstmeierei der Nationalliberalen den Beweis, daß diese ins Mauseloch kriechen werden, wenn einmal die Zeit der Krisis herannaht.

Die Reaktion wird sich alsdann das Vergnügen machen, gerade diese mutlosen Elemente am kräftigsten bei den Ohren zu nehmen. Denn den reaktionären Gewalten imponiert nur die entschlossene Haltung der Arbeiterklasse.

Wer da hofft, dem Liberalismus werde sich noch eine „große Gelegenheit“ auftun, der täuscht sich gewaltig. Solcher Gelegenheiten gab es für den Liberalismus genug und er hat sie alle verpaßt. Jetzt ist es vorbei.

Politische Rundschau

Deutschland.

Ein neues Sozialistengesetz.

Die „Kreuzztg.“ bringt in ihrer Ausgabe vom Sonntag einen langen Artikel, überschrieben „Was nun?“, der ihr von einem Parteifreunde eingesandt worden ist. Nachdem die Redaktion keinerlei Bemerkung zu dem Artikel macht, darf man ohne weiteres annehmen, daß die darin niedergelegten Ansichten auch der Auffassung der Redaktion voll entsprechen. Der Verfasser schildert zunächst die Zustände, wie sie sich gegenwärtig entwickeln, in der folgenden Weise:

„Die Beleidigungen des Kaisers und Kronprinzen, die pöbelhaften Beschimpfungen des auf deutschem Boden das Gastrecht genießenden Zaren, die zynische Frechheit der Presse, die Verherrlichung der Revolution mit ihren Schrecken und dem Ziele der sozialistischen Republik, die hochverräterischen Drohungen im Falle einer äußeren Verwickelung, die immer wütendere Verhetzung und Verrohung der Massen, namentlich der noch ganz unreifen Jugend, das gesteigerte Streikfieber mit der brutalen Bedrohung der Arbeitswilligen und mit dem Ziele des Massenausstandes, welcher dann nach den neuesten Preßerzeugnissen in der Verseuchung der Kasernen durch sozialdemokratische Reservisten und dem Erschießen der Offiziere durch die Mannschaften seine höchste Steigerung erfahren soll, endlich der blutige Widerstand gegen die Organe der Obrigkeit, das alles ist bereits mehr als nur das Schaumspritzen der Freiheit, mehr als eine Revolte, es ist die Revolution, welche, falls sie ungehemmt fortschreiten darf, schließlich, wenn überhaupt, nur noch in einem Meer von Blut und Tränen erstickt werden kann.“

Es wird dann den deutschen Fürsten zum Vorwurf gemacht, daß sie mit sozialdemokratischen Hofgängern liebäugeln, daß leitende deutsche Staatsmänner der Sozialdemokratie Worte der Anerkennung gewidmet haben und daß bürgerliche Parteien mehr als einmal mit der Sozialdemokratie Arm in Arm politische Kämpfe geführt haben. Dem Verfasser ist es ersichtlich nicht besonders angenehm, daß zu diesen Parteien in Bayern auch schon einmal das Zentrum gehört hat, er findet aber einen Milderungsgrund hierfür darin, daß das Zentrum ausgeschaltet war und dann lediglich aus Verärgerung gehandelt hat. Von einer Wiederherstellung des Blocks sei der sozialdemokratischen Gefahr gegenüber gar nichts zu erwarten. Der konservative Hetzer faßt dann seine Forderungen in folgende Sätze zusammen:

„Wir bedürfen scharfer, bis zur Vernichtung gehendet Ausnahmemaßregeln, wie wir sie ähnlich schon gehabt und in einer unheilvollen Stunde leider nur zu früh wieder aufgegeben haben. Und wir bedürfen zu ihrer Durchführung einer nervenstarken, unerschütterlich festen, zielbewußten Regierung, wie sie unser großer Kaiser in der Konfliktzeit in Männern wie Bismarck und Roon zur Stelle hatte.“

So heiß wird zwar die Suppe nicht gegessen, wie sie eingebrockt wird. Immerhin aber hat die Arbeiterschaft alle Ursache, auf dem Posten zu sein!

Schutz des Wahlgeheimnisses.

Die Justizkommission fügte in der ersten Lesung in die St.-P.-O. einen § 47 a ein, der dem Richter untersagt, den Zeugen nach Tatsachen zu fragen, die darauf schließen lassen, wie der Zeuge bei einer auf Gesetz beruhenden geheimen Wahl gestimmt hat. In der Sonnabendsitzung liefen die Konservativen mit einem Abschwächungsantrag gegen diesen Beschluß an. Sie beantragten, daß nur in Wahlbeeinflussungs- oder Wahlfälschungsfällen, die bei Wahlen zu einer gesetzgebenden Körperschaft passierten, derartige Fragen an den Zeugen gerichtet werden dürfen. — Die Ansichten in der Kommission waren darüber sehr geteilt. Von einem Zentrumsabgeordneten wurde betont, daß, da das Wahlgeheimnis ohne weiteres durch die Verfassung auch gegenüber dem Richter gesichert ist, jede Sonderbestimmung in der Strafprozeßordnung fortfallen könnte. Dieser Anschauung entgegen betonte ein Regierungsvertreter, daß die Verfassung den Richter nicht daran hindert, an den Zeugen Fragen über seine Abstimmung bei einer geheimen Wahl zu richten. Von anderer Seite wurde angeregt, den Zeugen das Recht zu geben, auf Fragen nach ihrer Abstimmung bei geheimen Wahlen die Aussage verweigern zu können. Unsere Genossen beantragten, daß den Zeugen das Zeugnisverweigerungsrecht gegenüber den Fragen des Richters gegeben werden soll, die sich auf die politische Gesinnung oder politische Betätigung des Zeugen beziehen. Ein antisemitischer Antrag bezweckte, die Bestimmung des konservativen Antrages auch auf die bei einer Krankenkassen-, Gewerbegerichts-, Kaufmannsgerichts- oder Gemeindewahl passierten Fälle der Wahlbeeinflussung oder Verfälschung auszudehnen. — In der ziemlich lebhaften und lang sich hinziehenden Debatte wurden eine Reihe von ungemein interessanten Wahlfälschungsprozessen angeführt und geschildert.

Die Abstimmung ergab zuerst die Ablehnung des antisemitischen Antrages. Dann wurde als Zusatz zum konservativen Antrag der Antrag unserer Genossen mit 15 Stimmen angenommen. Darauf fanden die Konservativen an ihrem so abgeänderten Antrag keinen Gefallen mehr und zogen ihn zurück. Danach wurde der Beschluß von der ersten Lesung mit 21 Stimmen aufrechterhalten.

Damit ist eine Verbesserung der Regierungsvorlage beibehalten worden, die von der Regierung mit auf die schwarze Liste der „unannehmbaren“ Positionen der Kommissionsbeschlüsse erster Lesung gesetzt worden war.

Gegen den Hansabund.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ setzt ihre Polemik gegen den Hansabund fort. Sie behauptet, daß gegen ihren ersten Artikel eigentlich bloß zwei Einwände erhoben worden sind, nämlich der, daß man in Wahlaufrufen noch ganz anderen Tabak gewöhnt sei und ferner, daß der Bund der Landwirte mindestens ebenso scharf spreche, ohne eine Zurückweisung zu erfahren. Hierzu sagt das Organ des Herrn v. Bethmann-Hollweg:

„Zu dem ersten Punkt wollen wir bemerken, daß man dem bevorstehenden Wahlkampf nur mit gesteigerten Besorgnissen entgegensehen kann, wenn selbst die Kreise des guten Bürgertums es als normal betrachten, daß ihre Interessenvertretung den Feldzug mit Waffen dieses Kalibers eröffnet. Wir sind aller Voraussicht nach noch reichlich ein Jahr von den Wahlen entfernt. Welche Berge von Verbitterung und Verärgerung werden sich auftürmen, wenn es das ganze Jahr nicht nur in dieser Tonart fortgehen soll, sondern einer den anderen an Schärfe der Sprache zu überbieten suchen wird? Ein Keil treibt hier notwendig den anderen. Es liegt angesichts der tiefen Mißstimmung, die in unserem Volke bereits vorhanden ist, ein gemeinsames Interesse der staatserhaltenden Elemente vor, mäßigend und warnend einzuwirken. In diesem Sinne bei jedem gegebenen Anlaß unsere Stimme zu erheben, betrachten auch wir als unsere Pflicht.“

Daß die agrarische Presse einen scharfen Ton anschlägt, will die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht in Abrede stellen, doch stellt sie ausdrücklich fest, daß ähnliche Angriffe auf gesetzgebende Verwaltungen, wie sie

vom Hansabund ausgegangen sind, von agrarischer Seite gegenwärtig nicht zu verzeichnen sind.

„Gegenwärtig" ist gut. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weiß natürlich ganz genau, daß die agrarische Presse in der unglaublichsten Weise nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen den Träger der Krone gehetzt hat, als er das bekannte Wort sprach, daß man ihm nicht zumuten könne, Brotwucher zu treiben. Heute allerdings haben die Agrarier zu solchen Klagen keinen Anlaß, sie sind mit der Regierung einverstanden und erfreuen sich nach wie vor auch des Wohlwollens des Regierungs-Reptils, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Auch gegenüber den Erklärungen des Direktors des Hansabundes, Geheimrat Rießer, hält die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" daran fest, daß der Versuch, die Sprache des Wahlzirkulars des Hansabundes zu entschuldigen oder zu rechtfertigen, als mißglückt bezeichnet werden müsse.

Freikonservative Bremser.

Von parlamentarischer Seite (Freiherr v. Gamp?) wird der „Post" geschrieben, daß es keineswegs wünschenswert sei, in der gegenwärtig laufenden Session des Reichstags noch das Gesetz über die Versicherung der Privatbeamten zum Abschluß bringen zu wollen. Der Mitarbeiter der „Post" fürchtet, daß angesichts der bevorstehenden Neuwahlen die bürgerlichen Parteien sich zu sehr davon beeinflussen lassen könnten, das Wohlwollen der Wähler aus den Kreisen der Privatbeamten sich zu sichern. Mit anderen Worten soll das heißen: es besteht die Möglichkeit, jetzt vor den Neuwahlen ein solches Gesetz möglichst günstig zu gestalten. Das möchte die Scharfmacherfippe, die in der „Post" ihre journalistische Vertretung hat, unter allen Umständen nach Möglichkeit vermieden wissen. Bei den Wahlen werden die Freikonservativen dann den Privatbeamten natürlich goldene Berge versprechen, die sie ihnen freilich niemals gewähren werden.

Auch ein Fortschrittler.

Der fortschrittliche Professor Eickhoff, bis 1911 Abgeordneter des Reichstagswahlkreises Remscheid-Lennep-Mettmann, hat dieser Tage in Remscheid eine Rede gehalten, worin er sich den Reaktionären, auf deren Stichwahlhilfe er bei den kommenden Wahlen hofft, in empfehlende Erinnerung bringt. Der „Fortschrittler" hat den Kaiser gegen die Kritik an der Königsberger Rede warm in Schutz genommen und sich als Schützer des Thrones vor sozialdemokratischem Umsturz herausgestrichen. So sagte der Herr:

„Die Kritik an der Königsberger Kaiserrede war von der Presse, nicht nur von der sozialdemokratischen Presse, so übertrieben wie nur möglich. Der Kaiser hat nicht gesagt und nicht sagen wollen, daß er die Reichsverfassung antasten wolle, die er volle 22 Jahre in Treue gehalten hat. Eine Herausforderung des Volkes liegt nicht in der Kaiserrede. Daß der Kaiser selber mit allen seinen Worten und Handlungen nicht nur wie jeder ehrliche Mann seiner redlichen Überzeugung folgt, sondern daß er dabei auch dem Besten des Landes und des Volkes zu dienen glaubt, davon sind wir alle überzeugt; wir alle, die wir, trotzdem wir als freigesinnte Männer noch lange nicht jede seiner Äußerungen zu billigen vermögen, dennoch allezeit treu zu Kaiser und Reich stehen. Ich möchte das am heutigen Abend hier mit vollem Nachdruck betonen, nachdem vor wenigen Tagen der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Liebknecht in Neuyork sich nicht entblödet hat, zu sagen: die Kaiserkrone würde bald weggeblasen sein wie die Krone von Portugal. M. H., wir werden die Kaiserkrone auch gegen Liebknecht und seine Genossen zu verteidigen wissen". (Bravo!)

Ein untadeliger Patriot, der Herr Professor Eickhoff. Daß er mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben will, namentlich nach dem schrecklichen Magdeburger Parteitag, versteht sich danach von selbst, zumal er mit der bösen Sozialdemokratie um das Reichstagsmandat zu kämpfen hat. Und wenn es ein Mandat zu retten gilt, dann läßt sich Herr Eickhoff an Kaisertreue von keinem blauschwarzen Revolutionär übertreffen.

Nebenbei sei bemerkt, daß Genosse Liebknecht den ihm von Eickhoff unterschobenen Ausspruch nicht getan hat. Wie wir aus den Berichten der Neuyorker Parteipresse ersehen, hat unser Genosse lediglich erklärt, daß die deutsche Kaiserkrone in Gefahr geraten könne, wenn der Königsberger Kurs weiter verfolgt werde.

Fortschrittler und Nationalliberale in Hannover.

Zwischen den Parteileitungen der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Partei in der Provinz Hannover haben Besprechungen stattgefunden, die ein taktisches Zusammengehen beider Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen zum Ziele hatten. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Der Vorstand der nationalliberalen Partei erklärte, er lege keinen Wert darauf, mit den Linksliberalen zusammenzugehen.

Der Reisende auf Staatskosten.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Goerke-Brandenburg, der auf Kosten der Steuerzahler sich in Begleitung eines vom Reichsmarineamt gestellten Kapitäns Ostasien ansieht, trifft am 1. Dezember wieder in Berlin ein. Über seinen Aufenthalt in Tsingtau wird den „Deutschen Nachrichten" von dort mitgeteilt:

„Abg. Goerke kam in kritischer und etwas mißtrauischer Stimmung hierher, ging aber nach eingehendsten Studien und enger Fühlungnahme mit allen Kreisen der Bürgerschaft voller Anerkennung für die solide und gewissenhafte bisher geleistete Arbeit und voller Zuversicht für die günstige Entwickelung Kiautschous von hier fort."

Den Herrn Goerke zu überzeugen, wird nicht gerade schwer gewesen sein, aber schlimm kann es werden, wenn der Herr im kommenden Winter sich im Reichstage etwa gar als Sachverständiger aufspielen wird.

Der Oldenburger will dem Reichstag erhalten bleiben.

Er ließ sich wieder als Reichstagskandidat aufstellen und hielt in Marienburg (Westpreußen), eine seiner bekannten Reden, in der er renommierte: Er habe in den Zeiten der Blockpolitik schon zu seinem Freunde Bülow gesagt: Die Sozialdemokratie wird nicht mit Liedern und Hurras bezwungen! Es müsse vielmehr heißen: feste los dagegen! Dann zog er gegen Hansa- und Bauernbund los, die die Konservativen mit Dreck beschmissen hätten. Den Höhepunkt erklommen seine Ausführungen, als er feststellte, daß gegenwärtig die Sonne der Volksgunst über den Hohenzollern lächle. Es sei selten eine einwandfreiere Kaiserrede gehört worden, als die von Königsberg. — Oldenburg kündigte schließlich an, daß er sein Landtagsmandat wahrscheinlich niederlegen werde, er sei zu sehr überbürdet.

„Nationale Erdkunde".

Ein Schulrektor in Straßburg hat unter dieser Firma ein Buch erscheinen lassen, das der Reichsverbandsgeneral v. Liebert in geradezu begeisterter Weise empfiehlt. Diese Tatsache muß entschieden stutzig machen, und wenn man einen zum Abdruck gebrachten Auszug aus diesem Werke sich näher ansieht, dann begreift man auch die Begeisterung des alldeutschen Reichsverbändlers. Der wackere Rektor schreibt nämlich:

„Weitaus der größte Teil unserer Ein- und Ausfuhr nimmt den Weg über die See. In welcher Gefahr aber schweben diese ungeheueren Werte erst im Falle eines Krieges, wenn wir nicht zu ihrem Schutze eine genügend starke Flotte auslaufen lassen können! Oder wollen wir sie, die uns Nahrung schaffen, schutzlos draußen lassen? Wir müssen Schiffe bauen, groß und stark genug, daß sie jedem Gegner stehen können, zahlreich genug, daß es auch der stärksten Seemacht der Welt als ein äußerst gefährliches Wagnis erscheinen muß, uns anzugreifen. Wir müssen eine Flotte haben, nicht weil wir andere angreifen wollen, sondern um zu verhüten, daß uns jemand angreift. Wir können nicht abrüsten. Wenn andere Mächte ihre Flotten vergrößern, sind wir gezwungen, auch unseren Schiffsstand zu vermehren."

Unter dieser „Nationalen Erdkunde" verbirgt sich also nichts weiter als eine Reklame für die Flotteninteressenten, und wenn dem Reichsverbandsgeneral eine stille Ahnung sagte, daß die Presse, die es sich nicht zur Aufgabe gemacht hat, die Interessenten der Panzerplattenaktionäre zu vertreten, achtlos an diesem Werk vorübergehen wird, dann wird er sich allerdings nicht getäuscht haben. An Machwerken dieser Art ist seit den letzten Jahren in Deutschland wirklich kein Mangel.

Der Wille der werktätigen Bevölkerung Lübecks.

Zu einer gewaltigen, imponierenden Massenkundgebung gegen die Moabiter Polizeitaten und das geplante Ausnahmegesetz gegen die deutsche Arbeiterschaft gestaltete sich die gestern abend im „Gewerkschaftshaus" abgehaltene Volksversammlung. Bereits vor acht Uhr war der große Saal dicht besetzt und noch immer strömte es heran. Um halb 9 Uhr stand die Menge Kopf an Kopf und hielt auch die Bühne besetzt. Viele, die keinen Platz mehr erhalten konnten, mußten wieder umkehren. Mehr als dreitausend Personen nahmen an der Versammlung teil, die um 8¾ Uhr vom Genossen P. Löwigt eröffnet wurde.

Genosse Ledebour führte etwa folgendes aus: Was wir jetzt in Moabit erlebt haben, ist eine Probe dessen, was die Edelsten und Besten gegenüber der Sozialdemokratie offenbar im Schilde führen. Und deshalb sind die Polizeitaten in Moabit nicht etwas, was nur die Berliner angeht, sondern was für alle Deutschen das größte Interesse hat. Und wenn es notwendig war, das Proletariat aufzurütteln, wenn es auch bewußt gemacht werden sollte, daß wir schweren Zeiten entgegengehen, daß die Herrschenden eventuell bereit sind, das Volk niederzuknütteln und niederzuknallen wie tolle Hunde, so hat Moabit nur noch gefehlt, um auch dem Beschränktesten die Augen zu öffnen. Die Dinge, die sich dort abgespielt haben, sind jedem Proletarier, jeder Arbeiterfrau, jedem Gewerkschaftler verständlich. Wie sind nun die Vorgänge in Moabit entstanden? Der Streik bei der Kohlenfirma Kupfer u. Co. in Moabit war eigentlich nicht von einer Bedeutung, die über die Grenzen Berlins hinausragte. Kupfer u. Co. sind allerdings Handlanger von Stinnes, also vom rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat. Es ist nun geradzu ein Skandal, daß wegen einer verhältnismäßig geringfügigen Ursache über ein ganzes Stadtviertel in Berlin eine Art Belagerungszustand verhängt worden ist. Die Polizei hat zunächst die Kohlenwagen in auffälliger Weise eskortiert. Sie sperrte ab und provozierte die Bürger und das Volk, wie sie ja überall dabei ist, wo es gilt, Arbeiter niederzuknüppeln. Wenn Verbrecher ermittelt werden sollen, ist sie nicht so findig, wie sich kürzlich in Leipzig herausstellte, wo ein Verbrecherpaar vier Jahre lang die Polizei an der Nase herumführen konnte. Wie die Streikbrechergarde, die von der Polizei geschützt werden mußte, aussieht und wie sie vorgeht, wissen wir von Herrn Friedrich Hintze, der sich so wie Bethmann-Hollweg, Bülow usw. interviewen ließ. Redner ging nun näher auf die von dem Streikbrecherhäuptling Hintze gemachten bekannten Äußerungen ein. Unter dem Schutze der Polizei können sich die Streikbrecher, wie Hintze betont, eben alles erlauben. In Moabit konnte Hintze seine Freude erleben, da war die Polizei nicht so schlapp wie in Sachsen. Da haute die Polizei mit Gummiknüppeln und Säbeln von hinten ein auf Frauen, Kinder, Krüppel, Greise usw. Dafür sind Dutzende von Zeugen vorhanden, nicht nur aus Arbeiterkreisen, sondern von Leuten, die mit der Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun haben. Die beiden Getöteten zeugen auch dafür. Der eine — ein Pole Marchelewski — war Mitglied eines christlichen Vereins. Die bürgerliche Presse aber schrieb: ein Sozialdemokrat ist auf der Strecke geblieben! Auch der zweite Tote war kein Sozialdemokrat. Mit welchem Vandalismus die Polizei in Moabit gehaust hat, können wir ja durch das Zeugnis der englischen Journalisten beweisen, die nicht im Geruch stehen, sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Verbrecher zu sein. Die englischen Journalisten im Auto, die jedenfalls als rote Führer, als „der rote Generalstab" angesehen wurden, sind an einer hellerleuchteten Hauptstraße, wo kein Auflauf war, ordentlich verhauen worden. Es waren aber durchweg Konservative, ein „einziger Liberaler" war dabei, die von Jagows Scharen bearbeitet wurden. Diese Pressevertreter hatten sich dazu auch noch Pässe geben lassen, als ob sie durch ein von Krieg überzogenes Territorium fahren wollten. Redner ging dann auf die bekannten Schilderungen der englischen Zeitungsschreiber näher ein, die der Polizei alle Schuld geben und die Kreaturen Jagows als sinnlose Narren bezeichneten, die auf wehrlose Menschen wie wahnsinnig losgingen. Das Zeugnis des Vertreters des vor zwei Jahren durch das Interview mit Wilhelm II. gut bekannten „Daily Telegraph" spricht Bände gegen die preußische Polizei. Der Berichterstatter des „Vorwärts", der die unerhörten Lügen und Entstellungen der bürgerlichen Presse über die Demonstrationswut des „Pöbels" untersuchen wollte, hat ja beobachtet, daß ohne Aufforderung zum Auseinandergehen von der Polizei mit Säbeln eingehauen worden ist. Er wurde selbst gröblich insultiert und verletzt. Redner hatte selbst bei den großen Wahlrechtsdemonstrationen die Erfahrung gesammelt, daß dort, wo keine Polizei war, alles in Ruhe und Ordnung verlief. Er erinnere weiter an das unberechtigte Verlangen der Staatsanwaltschaft, die Namen der Verletzten aus den Journalen der Krankenhäuser festzustellen. Der „Vorwärts"-Berichterstatter ist auch geladen worden, aber nicht als Zeuge, sondern als Verdächtiger, weil er verletzt war. Seine Aussagen, die natürlich die Polizei belasteten, sind nicht protokolliert worden. Auf seine Anfrage, warum man ihn vorgeladen habe, sei ihm erklärt worden, es sei ein Ermittelungsverfahren gegen ihn im Gange, weil er verletzt worden sei. Das stellt alle Anforderungen der Gerechtigkeit auf den Kopf. Dieses ganze Verfahren ist ungesetzlich. Wenn in England jemand irgend eines Verbrechens wegen verhaftet wird, so muß ihm vorher gesagt werden, daß alles, was er jetzt aussagen wird, gegen ihn verwendet werden soll. In Deutschland will man die Leute zu ihrer eigenen Belastung verleiten. Dem „Vorwärts"-Berichterstatter wurde nicht gesagt, ob er als Zeuge oder als Angeklagter geladen wurde. Ein Beamter, der recht viele Angeschuldigte hineinlegt, gilt eben bei uns als der tüchtigste Mann, der befördert wird. Es ist ein sehr interessanter Unterschied in den Fällen des „Vorwärts"-Berichterstatters und der englischen Journalisten zu konstatieren. Zunächst sind ja beide gleichmäßig verhauen worden. Beide haben aber Beschwerde eingelegt. Der große Briefschreiber Jagow, dessen Erlasse in Berlin immer sehr große Heiterkeit erregten, entschuldigte sich bei den englischen Pressevertretern und redete sie mit „Ew. Hochwohlgeboren" an. Ein seltenes Vorkommnis bei der preußischen Polizei. Redner verliest unter großen Heiterkeitsausbrüchen das Schreiben Jagows an die Engländer wörtlich. Jagow will sich von der Richtigkeit der polizeilichen Darstellungen überzeugt haben, weil er während der vier Tage einmal eine Stunde lang im Automobil durch Moabit gefahren ist. Der Mann, den die englischen Journalisten einen Strolch bezeichneten, der die Schutzleute kommandierte und ihnen befahl, feste einzuhauen, soll nach der bürgerlichen Presse gar kein Polizist gewesen sein. Das sei eine lächerliche Behauptung, denn die Schutzleute haben sich von ihm kommandieren lassen und seine Befehle ausgeführt. Das Schreiben des Berliner Polizeipräsidiums beweist, daß Herr von Jagow mit seiner Schriftstellerei wenig Glück hat. Er könne sich wirklich glücklich schätzen, daß er es zum Polizeipräsidenten gebracht hat. Würde ein Berichterstatter der sozialdemokratischen Presse solche Berichte liefern, wie Herr von Jagow, dann müßten wir sagen, werde Tagelöhner oder Handlanger oder unsertwegen auch Polizeipräsident. (Große Heiterkeit). Dem Berichterstatter des „Vorwärts" ist natürlich ein ähnliches Entschuldigungsschreiben wie den englischen Journalisten nicht zugegangen. Bülow sagte: Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran! Und Wilhelm II. sagte: Die Deutschen könnten mit Stolz sagen: Civis germanicus sum! Für den römischen Bürger des Altertums trat aber ganz Rom ein, wenn er verletzt wurde. Wie verträgt es sich aber mit der Ansicht Wilhelms II., daß deutsche Bürger im eigenen Lande nicht vor der Polizei geschützt werden. Wir deutsche Bürger werden in unserm eigenen Vaterlande minder respektiert, als Ausländer. In Deutschland herrsche das Beamtentum, die Junkerschaft, das Offizierkorps, die Oberhäupter. Diese Interessenkloterie beherrscht das Volk wie fremde Eroberer. (Lebhafte Bewegung und stürmische Zustimmung.) Man könnte stundenlang reden, wenn man alle Fälle anführen wollte, die in Moabit der Gerechtigkeit ins Gesicht schlugen. Als die Löweschen Arbeiter aus ihrer Fabrik kamen, sind die Detektiv-Strolche mit Gummiknüppeln auf die Arbeiter eingedrungen wie die Wilden. (Pfuirufe.) Das gleiche ist am Bahnhof Boisselstraße geschehen. Die Arbeiter, die von ihren stundenweit gelegenen Arbeitsplätzen nach Hause zu ihren Familien zurückkehren wollten, wurden mit einer wahren Berserkerwut von Schutzleuten verprügelt. Der Nationalheilige Bismarck, dem neulich wieder einmal die hiesigen Liberalen ein Weihrauchopfer anzündeten, sagte einst zu einem französischen Staatsmanne: „Man organisiert eine Meute und richtet ein Blutbad an." So ist es auch in Moabit gewesen.

Ein patriotischer Werkmeister — ein Mann, der sozialdemokratischer Gesinnung nicht verdächtig ist — ein Mitglied der gelben Organisation, hat dem „Vorwärts" die Beobachtungen geschildert, die er von dem Balkon seiner Wohnung aus gemacht hat. In seinem Schreiben hieß es: Er habe sich gefragt: Ist es möglich, daß Gott — an den ich glaube — ein solches Unrecht zulassen konnte. Er habe am nächsten Tage die Schutzleute gefragt, die geantwortet hätten: „Wir müssen einhauen, uns wird es befohlen, wir haben es auch satt, wir möchten am liebsten auch streiken, aber wir erhielten Befehl." Die Leute hinter den Kulissen, die befehlen, wehrlose Menschen niederzuknüppeln, das sind die wahren Schuldigen, die haben den Landfriedensbruch auf dem Gewissen. Er hoffe, daß die Namen dieser Verbrecher noch bekannt werden möchten in aller Welt. Jeder Mensch, der noch ein Herz hat, muß das wünschen. Wir haben aber nun gehört und gelesen, daß eine ganze Menge Menschen in Deutschland diese Vorgänge als Vorwand zu Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft benutzen will. Die Reaktion fischt jetzt im trüben. Die „Deutsche Tageszeitung" e tutti quanti verlangen ein neues Sozialistengesetz. Der Stabstrompeter der Reaktion, Herr von Oldenburg-Januschau hat am Sonntag in Marienburg wieder eine Rede gehalten, die alles bisher von dem Mann, der den Reichstag von einem Leutnant und zehn Mann aufheben lassen will, in den Schatten stellt. In dieser Rede hat der Oldenburger dem Kaiser bestätigt, daß er von Gottes Gnaden sei. Wenigstens ein Verteidiger der Königsberger Rede sei Wilhelm erstanden. Im Reichstage wird es sich ja zeigen, ob auch Herr von Bethmann-Hollweg die Königsberger Rede verteidigen wird. Oldenburg habe in bezug auf die Moabiter Vorgänge gesagt: Das ist die Revolution. Das ist wirklicher Aufstand. Jetzt heißt es: Los auf die Schanzen, gegen die Sozialdemokraten, sonst kommt es bei uns in Deutschland soweit wie in Portugal!" Aber wie der Oldenburger Portugal als Beispiel heranziehen kann, verstehe man nicht. Ob Herr von Oldenburg zuviel geistreiche Getränke vorher getrunken und dadurch alles mögliche durcheinander gewürfelt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. In Portugal hat doch, so wie vor zwei Jahren auch in der Türkei, das Militär gegen seinen König revoltiert. Der König ist vor seinen eigenen Soldaten ausgerückt. Wir müssen das bescheiden zugeben, aber das hält mich nicht ab, zu wünschen, daß noch recht viele solcher Gottesgnadenmenschen gegangen werden. Sie könnten ja dann in England einen Kartenklub gründen. Wo verlangt wird, die Soldaten sollen alle Pietät verleugnen und auf Vater und Mutter schießen, könne es auch kommen, daß sie auf den König schießen. Wer auf Vater und Mutter schießen würde, der sei ein ganz verkommenes und verlumptes Subjekt, der könne nur noch bei Friedrich Hintze u. Co. eintreten. Und deshalb heißt es: Weiter in unserer Aufklärungsarbeit! Wenn es die Gegner wagen sollten, die Volksrechte anzutasten, werden wir — wie 1905 in Jena beschlossen

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 250. Dienstag, den 25. Oktober 1910. 17. Jahrg.

Eine Niedertracht gegen die amerikanischen Gewerkschaften.

Aus Neuyork wird uns geschrieben:

Seit dem 1. Oktober, als in Los Angelos, der „Stadt der Engel“ am Stillen Ozean, das Gebäude der „Times“ durch eine Explosion zerstört wurde, wobei zwanzig Menschen ums Leben kamen, sind wieder alle Teufel der Verleumdung und Verhetzung gegen die amerikanische Arbeiterbewegung losgelassen und in der Kapitalistenpresse der Vereinigten Staaten wird gegen die Gewerkschaften des Landes, deren konservativer Politik Präsident Taft kürzlich so warmes Lob spendete, jetzt ein Kreuzzug geführt, dessen blutdürstige Gemeinheit lebhaft an die Tage der Anarchistenhetze nach der Bombenknallerei auf dem Chikagoer Neumarkt erinnert. Ohne den Schatten eines Beweises wird die folgenschwere Explosion organisierten Arbeitern, nein, den Arbeiterorganisationen in Bausch und Bogen zur Last gelegt, und die Gewerkschaftsleiter werden bis hinauf zu den namentlich aufgeführten Spitzen der „Federation of Labor“ als verruchte Verbrecher verschrien, unter Appell an die Leidenschaften eines mordgierigen Pöbels der Art, wie er dieser Tage zu Tampa im Staate Florida hauste, wo man brave streikende Zigarrenarbeiter lynchte.

Die ersten Nachrichten über die furchtbare Katastrophe, die selbst die bürgerlichen Nachrichtenbureaus nach dem Osten brachten, enthielten noch nichts, worauf die perfiden Verdächtigungen der Arbeiterbewegung sich hätten stützen können, im Gegenteil: die ersten Meldungen stellten den Tatbestand in einer Weise dar, die jene Beschuldigungen direkt Lügen straft. „Schon gestern abend,“ so wurde am 1. Oktober aus Los Angelos depeschiert, „fiel dem Telegraphisten William Firman ein starker Gasgeruch im Times-Gebäude auf. Er machte den Vertreter des Geschäftsführers darauf aufmerksam, daß die Gasleitung undicht sei, aber nichts geschah, um den Schaden auszubessern. . . . . Da das ausströmende Gas sich in allen von ihm erfüllten Räumen entzündete, stand das Haus im Nu in Flammen und brannte fast völlig nieder.“ Danach liegt also einfach eine Gasexplosion vor, und wenn auf irgendeiner Seite ein Verbrechen oder doch eine verbrecherische Fahrlässigkeit verübt worden ist, dann nur auf seiten der Geschäftsleitung der „Times“ selber, die am Abend zuvor gewarnt worden war und trotzdem das Gas noch stundenlang entweichen und nach und nach sämtliche Etagen des Hauses füllen ließ, bis sich um 1 Uhr nachts die entsetzliche Explosion ereignete. Und zwar erfolgte die Entzündung des Gases, wohlgemerkt, in rascher Aufeinanderfolge in allen drei Etagen des Gebäudes, die denn auch sämtlich fast gleichzeitig in Flammen standen. Mit diesem, von keiner Seite bestrittenen Hergang des Gräßlichen versuche man nun die von der Leitung der „Times“ verbreitete und von der ganzen Bürgerpresse gierig aufgegriffene Mär zusammenzureimen, „die Gewerkschaften“ hätten im Parterre des Zeitungsgebäudes eine Dynamitbombe zur Entladung gebracht! Der klare Tatbestand beweist schon Punkt für Punkt, daß diese Bombengeschichte weiter nichts als ein Bombenschwindel ist.

Aber es sind in Los Angelos allerdings auch wirkliche Bomben gefunden worden, die den „Beweis“ für ein Komplott der Gewerkschaften liefern sollen. Man höre und bedenke: Gerade vier Stunden nach Ausbruch des Feuers im „Times“-Gebäude wurden gleichzeitig an vier anderen, weit auseinanderliegenden Stellen der Stadt Bombenfunde gemacht. Eins dieser Dinger wurde in dem Privathause des Besitzers, General Otis, entdeckt, von dem allbekannt war, daß er sich in Mexiko befand, wohin Präsident Taft ihn zur Teilnahme an den Jubiläumsfeierlichkeiten entsandt hatte, und eine andere Bombe war in einem Hause niedergelegt, das der Sekretär der Unternehmerorganisation von Los Angelos — zwei Wochen vorher mit einem anderen Wohnhause vertauscht hatte! Und wer „fand“ die Bomben? Natürlich Pinkertons! Einer dieser Braven war merkwürdig genau orientiert. Es wird gemeldet, daß er so glücklich war, die Bombe oder eine regelrechte Höllenmaschine in einem Reisekoffer des Generals aufzustöbern, indem er mit einem Messer in dem Koffer herumstach. Der Geheime warf dann den ganzen Zauber einfach durchs Fenster, ohne dadurch weiteren Schaden anzurichten. Ein anderer Pinkerton wurde von der gütigen Vorsehung noch wunderbarer gehütet. Die Bombe platzte ihm „beinahe unter den Händen“, ohne ihn aber im geringsten zu verletzen! Wenn diese ganze Bombenfinderei in irgendeiner Richtung Verdacht erregt, dann nur insofern, als sie die Frage aufdrängt, ob man es bei den Geschehnissen von Los Angelos nicht mit dem Werk einer gegen die Gewerkschaften gerichteten teuflischen Verschwörung der Kapitalisten und Pinkertons zu tun hat. Jedenfalls ist *dieser* Verdacht, wenn es sich bei der „Times“-Katastrophe überhaupt um mehr als einen Unfall handeln sollte, um ein vieles vernünftiger, als die Hetze gegen die Gewerkschaften. Wie nahe liegt da etwa der Gedanke, daß die Bomben in den verschiedenen Privathäusern programmäßig „gefunden“ wurden, bevor sie explodierten, während das Dynamit im „Times“-Gebäude explodierte, bevor es gefunden wurde! Diese Hypothese würde es sogar vermeiden, den Kapitalisten die unnütze Scheußlichkeit zu unterstellen, der „guten Sache“ zuliebe Massenmord an den Arbeitern und Angestellten der „Times“ geplant und verübt zu haben. Daß die amerikanischen Kapitalisten der schönsten Dynamitereien *fähig* sind, weiß aber jeder Kenner der amerikanischen Klassenkämpfe und ist auch in dem Falle einer Neuyorker Bauunternehmer-Firma, die ihre Ihring-Mahlows als Mitglieder in die Gewerkschaften eintreten ließ, sogar gerichtlich erwiesen worden.

General Otis hat sein Jahren einen rabiaten Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft geführt, worin er von einer Scharfmacher-Organisation, der Merchants and Manufacturers Association, unterstützt wurde. Kein Tag verging, ohne daß die „Times“ wütende oder höhnische, meist bloß lächerliche Angriffe gegen die Gewerkschaften brachte. Otis und seine Leute rühmten Los Angelos täglich als die „Zitadelle der offenen Werkstatt“ (das heißt der von keinen gewerkschaftlichen Einflüssen beschränkten Arbeiter-Ausbeutung), wogegen die organisierten Arbeiter immer von der größten „Scab“-Stadt Amerikas sprachen (Scab heißt hierzulande der Streikbrecher). Mit organisatorischer und finanzieller Hilfe San Franziskos, das im Gegensatz zu der südkalifornischen Metropole just die stärksten Gewerkschaften des Landes hat, die sogar die Stadtverwaltung an sich reißen konnten, haben aber die Arbeiter von Los Angelos vor einiger Zeit begonnen, in die kapitalistische „Citadelle“ Bresche zu schlagen. In der Metallindustrie, dem Braugewerbe und anderen Industriezweigen der Stadt tobten seit Monaten Streiks und Aussperrungen, und obwohl die kämpfenden Arbeiter sich nicht im allermindesten zu Ruhestörungen provozieren ließen, bewilligten die Gerichte den Kapitalisten einen Einhaltsbefehl nach dem anderen, hauptsächlich gegen das Streikpostenstehen, das schließlich vom Stadtrat glatt verboten wurde. Hunderte von Arbeitern wurden hierüber eingesperrt, aber der heroische Kampf nahm seinen Fortgang, bis die Ereignisse vom 1. Oktober kamen. Wenn hierbei von einem Verbrechen die Rede sein kann, so nur von einem Kapitalsverbrechen der Kapitalistenklasse, die allein durch die Dynamiterei gewinnen konnte.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 24. Oktober 1910.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 20 Minuten vom Wortführer Präses *Dimpker* eröffnet, der verschiedene Eingaben bekannt gibt; unter andern haben mehrere Beamtenkategorien um Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse ersucht. Die Eingaben werden bis zur Beratung über die Beamtenbesoldungsvorlage zurückgestellt.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die *Erbauung einer Kleinbahn von Lübeck nach Segeberg.*

Eschenburg weist darauf hin, daß in Lübeck seit 30 Jahren ein Komitee bestehe, das sich mit diesem Projekt beschäftigt habe. Lübeck habe ein großes Interesse an diesem Bahnbau und müsse deshalb Aktienanteile übernehmen, um so mehr, als die neue Bahn das umliegende Landgebiet erschließe, und die Erzeugnisse dann nach Lübeck geleitet würden. Die Landbewohner, die so nach Lübeck kommen, werden die Geschäftslage günstig beeinflussen. Die geforderten 800 000 sollten deshalb genehmigt werden.

Buchwald betont, daß, wenn diese Vorlage angenommen werde, dieses Jahr die Anleihesumme auf 3 Millionen Mark anwachsen würde. Es seien noch weitere Projekte in Aussicht; bei dieser Gelegenheit wolle er hervorheben, daß gegenüber den Auslassungen in den Blättern, die Mittel für das neue Polizeigebäude seien bereits vom Finanzdepartement gutgeheißen worden, dieses bis jetzt nicht der Fall sei. Redner bittet, alle Ausgaben vorher gründlich zu prüfen, denn die noch ausstehenden Vorlagen erforderten in Zukunft noch ungeheure Mittel. Redner stellt einen Abänderungsantrag, die 330 000 Mk. zum Grundankauf vorschußweise aus Anleihemitteln zu entnehmen.

Böbs wünscht bei derartigen Vorlagen eine bessere Orientierung der Bürgerschaft und vergleicht den Bahnbau mit dem abgelehnten Bau einer Hochbrücke über die Trave.

Peter Pape: Wir sind im großen ganzen mit der Vorlage einverstanden, obgleich die Steuerzahler Lübecks infolge derselben in den nächsten 10—20 Jahren jährlich 30 000 bis 35 000 Mk. mehr aufbringen müssen. Es wird eine fruchtbare Gegend aufgeschlossen, die für uns von Nutzen sein wird. Wir wünschen aber, daß beim Bahnbau solche Löhne bezahlt werden, die ausreichend und den heutigen gesteigerten Lebensverhältnissen angepaßt sind. Ferner müssen wir fordern, daß bei den Streckenarbeiten nur Männer und keine Frauen beschäftigt werden. Die Bürgerschaft hat des weiteren ein großes Interesse daran, daß ihr die Kaufverträge über den Grund und Boden zugänglich gemacht werden. Wie ich erfahren habe, soll einem Grundeigentümer, dessen Grundstück vom Staate angekauft werden soll, nicht nur die Kaufsumme, sondern noch eine Verzinsung derselben vom Jahre 1909 ab gezahlt werden. Ich möchte fragen, ob das zutrifft und ob in Zukunft immer so verfahren werden soll. Ich hoffe, daß der Senat in Zukunft diesem Ersuchen entspricht. Wir haben den Wunsch, daß die Bahn recht bald gebaut wird und bei dieser Gelegenheit auch die Meierstraßenbrücke.

Senator *H. Evers* Antwort ist am Pressetisch unverständlich.

Lauenstein ersucht um Zustimmung zum Senatsantrag und weist darauf hin, daß die Gemeinden bereit seien, einen namhaften Zuschuß zu zeichnen, sowie Grund und Boden unentgeltlich herzugeben. Wenn die Bahn jetzt nicht gebaut wird, kommt uns Preußen zuvor, und die Aktienzeichner ziehen ihre Zustimmung zurück. Die Gemeinde Nusse müßte ebenfalls eine Bahnlinie erhalten.

Senator *Kalkbrenner* erwidert dem Vorredner, daß die Vorarbeiten zur letzten Frage im Gange sind.

Dr. *Görtz:* Wir können die Bahn nicht ablehnen,

Regine.

Eine Erzählung aus dem Ries
von *Melchior Meyr.*

9. Fortsetzung.

Die Natur und die Sitte, die im Leben des Bauern recht eigentlich eine zweite Natur ist, sind an sich große Mächte. Sie bringen für diejenigen, die ihnen ergeben sind, auch geweihte Momente und steigern ihre Art von Glück auf Augenblicke bis zur Vollendung. Die Meierin gebar nach Jahresfrist einen Sohn, ein kräftiges, gesundes Kind, das alle Verwandten dem Vater zum Sprechen ähnlich fanden. Dieser hatte ein ungeahntes Wohlgefühl und zeigte für die Wöchnerin die eifrigste Sorgfalt. Als er nach der Taufe unter den nächsten seiner Freunde beim Schmause saß und mit ihnen Kaffee und Wein trank und Gratulationen und gute Prophezeiungen zu hören bekam, da war sein Glück das eines Mannes, dem zur vollkommenen Zufriedenheit nichts abgeht; ein wahrhaft schönes Bild männlich würdiger Freude. Und wie er dann in den Verschlag zur Wöchnerin trat, sie und das Kind betrachtete, ihre Hand faßte und sie fragte, wie's ihr ginge, und von dem bleichen, jetzt feiner aussehenden Weibe die Antwort „gut“ erhielt, und ihr darauf die Hand drückte, da war er ein Beispiel ehelicher Zärtlichkeit, wie man es wackerer und treuherziger nicht wohl sehen kann.

Kinder sind ein Mittel, die Seelen der Eltern näher zu verbinden, manchmal aber auch ein Anlaß, sie auseinanderzubringen. Die Freude der Mutter zu dem Sprößling kann die Neigung zu dem Vater steigern; aber jener kann die Liebe der Mutter auch so gewaltig auf sich ziehen, daß für diesen nicht viel mehr übrig bleibt. Die Mutterliebe ist natürlicher, darum gemeiner als die Gattenliebe; und besonders diejenige, der ihr Selbst vor allem wert ist, findet es mehr in dem Kinde als in dem Gatten, und weiht nun jenem ihre Zärtlichkeit, während sie den Mann schätzt als denjenigen, der ihr dieses Glück verschafft hat und noch öfter verschaffen kann. Der Mann, der zunächst alles und Zweck war, nimmt mehr und mehr die Gestalt eines Mittels an, eines geachteten Mittels allerdings, aber eines Mittels.

Zu dieser Gattung Frauen gehörte auch die Meierin. Nach der Geburt des Sohnes wurde ihre Denkart noch nicht so sichtbar; ja in der ersten Zeit schien es, als ob die Freude über den Buben ihre Neigung zu dem Manne vielleicht gesteigert hätte. Nach und nach, als jener weiter gedieh, änderte sich dies aber, und zuletzt hatte sie hauptsächlich nur Aug' und Ohr für das Kind. Als nun ein Jahr später eine Tochter kam, die der Mutter glich, da ward ihr Herz von ihr ganz ausgefüllt: alle Zeit, welche die Hausgeschäfte ihr ließen, gehörte den Kleinen, und der Mann konnte, wenn nicht seiner Wege, doch seinen Weg gehen — allein und ungestört durch Aufmerksamkeiten von seiten der Frau.

Der Unterschied ihres Benehmens im Vergleich mit dem der ersten Zeit wurde im Lauf des dritten Jahres so groß, daß er dem Meier verdrießlich auffiel und ihn zuweilen ernstlich kränkte. Die Frau hatte ihn an kleine Dienste gewöhnt, die dem Herrn des Hauses erwiesen werden, um ihm das Leben bequemer zu machen: sie hatte Kleider, Geräte hingelegt, wie er sie brauchte, ihm geholfen beim Anziehen seines Gewandes an festlichen Tagen, für ihn gedacht und ihn bei einem Gang über Feld sorglich gefragt, ob er auch alles habe, was er brauchte usw. Er war mit einem Wort gut versorgt, und er empfand es behaglich, denn er gehörte zu den Menschen, die sich dergleichen gern tun lassen. Nun mußte er sehen, daß man ihn vergaß und ihn zwang, das, was ihm sonst entgegengebracht wurde, eigenhändig herzubefördern. Er mußte, wo er früher etwas getan fand, ohne daß er es verlangt hatte, fordern, rufen, sogar schreien — ohne daß es geschah. Er mußte die Antwort hören: man habe jetzt keine Zeit, er möge warten, oder es selber tun, eine Antwort, die durch den ärgerlichen Ton, in welchem sie gegeben zu werden pflegte, keine Annehmlichkeit erhielt.

Wie dies nicht mehr nur hier und da geschah, sondern Regel wurde, schüttelte der Mann bedeutend den Kopf und fand eine solche Veränderung durchaus nicht in der Ordnung. Er fühlte sich zuletzt recht eigentlich gekränkt und sagte sich, daß er wohl eine bessere Frau hätte finden können.

Als er einst mit der Mutter allein zu Hause war, sprach er seine Wahrnehmung gegen sie aus, zugleich mit der Absicht, auch dieser einen kleinen Stich zu versetzen, da sie sich, in ihre Enkel verliebt, jetzt ebenfalls weniger um ihn bekümmerte wie früher. Aber die alte Meierin schalt ihn ohne viel Besinnen einen „ungescheiten Menschen“. So wie im ersten Jahre könne es nicht fortgehen; wenn Kinder da seien, müsse man für diese sorgen; das gehe in jeder Haushaltung so, und sie müsse das besser wissen.

Der Sohn konnte sich von der Wahrheit dieser Rede mit nichten überzeugen. Eine Nachbarin lebte mit ihrem Mann schon acht Jahre und hatte fünf Kinder, und doch tat sie ihm stets alles, was sie ihm an den Augen absehen konnte. Sie hatte ihn eben im Grunde der Seele jetzt noch so gern wie im ersten Jahre ihres Hausens; sie war eine gute Frau.

Das Benehmen der jungen Meierin gegen ihren Mann hatte noch andere Gründe. Auf dem Lande herrscht eine bräuchlich bestimmte Rangordnung. Nach ihr stehen zunächst die Kleinbegüterten unter den Großbegüterten, unter den letzteren selbst machen sich aber je nach der Gütermasse und der Beschäftigung wider Unterschiede geltend. Wenn im Vergleich zu den übrigen Bauern der Meier, der es wirklich ist, als der erste sich fühlen kann, so hat er doch noch eine Schichte der Bevölkerung über sich in den Wirten, die zugleich Bräuer sind, und in den Müllern. Diese nämlich haben mit dem Bauern den Grundbesitz und die Wirtschaftsgebäude gemein, das besondere Metier mit den dafür erforderlichen Räumlichkeiten aber voraus und bilden überhaupt, in der Tracht und auch im Benehmen, einen Übergang vom Bauern zum Städter oder „Herrn“. Daß nun so einer, wenn er noch dazu reich ist und die Besitzung, die er inne hat, ihm wirklich gehört, sich über dem Bauern, auch wenn er Meier wäre, erhaben dünkt, ist natürlich, und in der Regel findet dies auch wirklich statt, ungeachtet der Höflichkeit, die er dem Bauern als seinem Kunden zu erweisen so klug ist. Das höhere Bewußtsein teilt sich aber begreiflich auch den Kindern mit, die sich gleicherweise schon früh durch feinere Zusätze zur Landestracht auszeichnen.

Die Meierin, als die Tochter eines der angesehensten Wirte und Bräuer im Ries — eines Mannes, auf dessen Sommerkeller sich die Gebildeten der Umgegend mit Vorliebe zu versammeln pflegten — dünkte sich bei aller Achtung vor ihrem Manne doch höher als er; sie war der Meinung, daß dem Hause durch ihren Einzug in dasselbe eine bedeutende Ehre widerfahren sei, und hielt sich schon aus diesem Grunde für berechtigt, bei dem was sie tat, vor allem an sich und an ihr eigenes Wohlgefallen zu denken. Dazu kam aber noch der Instinkt der Herrschbegier und des kräftigen Willens gegenüber der Gutmütigkeit und Friedensliebe. Der Meier fügte sich, nur um Streit zu vermeiden; aber als den Nachgiebigen sah ihn die Frau nun gleichfalls unter sich — in jeder Hinsicht also bestimmt, ihr zu dienen und sich von ihr führen zu lassen.

Stolz und Eigenliebe, die ihr angeboren und anerzogen waren, steigerten sich unter diesen Voraussetzungen zur

wenn wir auch, wie immer, den Löwenanteil tragen müssen. Der Bahnbau hat mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, und geht nicht, wie Herr Böbs behauptet, mit der Chaussee konform, die von der Linie nur einige Male berührt wird. Übrigens müssen jetzt schon Vorkehrungen getroffen werden, daß in Zukunft die Umwandlung in eine Vollbahn bewerkstelligt werden kann.

Schulmerich stellt die Frage an den Senat, ob es nicht möglich wäre, das Terrain der Gesellschaft nur zur Verfügung zu stellen und nicht zu verkaufen. Das wäre im Interesse des Staates gelegen.

Senator Evers hebt hervor, daß diese Frage reiflich geprüft und ein Wiederankaufsrecht vorgesehen sei.

Schulmerich bedauert, daß darüber in der Vorlage nichts enthalten sei. Gerade diese Frage sei von großer Tragweite.

Hierauf wird die Senatsvorlage angenommen.

Debattelos genehmigt wird der Antrag betr. Bewilligung der Mittel für die Anstellung eines leitenden Beamten für das Museum Lübeckischer Kunst- und Kulturgeschichte und das Gewerbemuseum.

Es folgt die Beratung über die Nachbewilligung von 7000 Mark für starke Fensterverglasung in der Heilanstalt Strecknitz.

Rosenquist: In der langen Zeit der Vorberatung über die Irrenanstalt wäre es wohl möglich gewesen, sich dahin schlüssig zu werden, ob die stärkere Verglasung notwendig wäre oder nicht. Dann hätte die Glaserarbeit auch an mehrere Glasermeister vergeben werden können. Redner bittet um Überweisung der Vorlage an eine Kommission.

Senator Evers hebt hervor, daß alle Instanzen die Frage geprüft hätten und zu dem Entschluß gekommen seien, die Verstärkung vorzunehmen, um spätere Mehrkosten zu verhüten. Der leitende Arzt trete lebhaft dafür ein.

Rosenquist tritt nochmals für kommissarische Prüfung ein.

G. Ehlers betont, daß der Arzt wohl dafür zuständig sei, zu sagen, die Ausführung bedürfe einer Änderung in diesem Sinne; aber das hätte er vorher auch wissen können. Der Anrege Rosenquists, betr. die Verteilung der Arbeit an mehrere Lübecker Meister, könne man zustimmen.

Senator Evers betont, die Erfahrungen für stärkere Verglasungen seien erst in allerletzter Zeit gemacht worden. Kommissionsberatung verzögere die Ausführung nur.

Burwick ersucht um baldige Ausschreibung der Malerarbeiten.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt und der Senatsantrag angenommen.

Der nächste Antrag betrifft die Neugestaltung des Straßenbahnwesens.

Scharff macht als Vorsitzender der Kommission des Bürgerausschusses einleitende Ausführungen zu der Vorlage und hebt hervor, daß die Wünsche, die an die Kommission gestellt wurden, sehr zahlreich gewesen seien. Die Kommission habe den Senatsantrag wesentlich abgeändert; den Abänderungsanträgen sei der Senat dann beigetreten, sodaß jetzt sowohl die Kommission wie der Senat die Vorlage gutheißen. Ohne Zonentarif könnten die Schaffner nicht angestellt werden. Die Normalstrecke sollte etwa 3440 Meter betragen. Bei diesem Tarif kann für 10 Pfg. das Zentrum der Stadt überall erreicht werden. Etwa 90 Prozent der Fahrgäste werden von der Verteurung nicht betroffen. In bezug auf die Rentabilität der Straßenbahn ist die Einführung des Zonentarifs notwendig; wir müssen bei Änderungen sehr vorsichtig sein. Die Hüxtertorvorstadt ist am schlechtesten weggekommen, dafür sind aber andere Strecken mit Vorteilen beglückt worden. Die Vorlage bietet erst die Grundlage für den weiteren Ausbau der Bahn, wie z. B. nach Schlutup, Kücknitz, Moisling. Wenn alle Wünsche befriedigt werden sollten, wären noch verschiedene hunderttausend Mark notwendig.

Coleman ergänzt den Kommissionsbericht; den Zonentarif haben wir grundsätzlich angenommen, weil bei Ablehnung desselben der weitere Ausbau der Straßenbahn in Frage gestellt würde. Der Zonentarif wäre nicht notwendig, wenn die Straßenbahn in den heutigen Grenzen bliebe. Die alten Linien kosten nach dem von mir in der Kommission gestellten Antrag auch in Zukunft nicht mehr als 10 Pfennig. Für das Publikum sind auch insofern Vorteile geschaffen, als die Umsteigeberechtigung eingeführt wird. Der Einheitstarif für die jetzigen Strecken ist auch in Zukunft vorhanden, bilde also für die grundsätzlichen Gegner des Zonentarifs keinen Grund, meine Vorschläge abzulehnen. Auf die Einführung der Schaffner, die einen großen Fortschritt bedeutet, muß verzichtet werden, wenn der Zonentarif abgelehnt wird. Die Mehreinnahmen bei der Einführung von Schaffnern betragen über 30 000 Mk.; auch der elektrische Stromverbrauch wird nach Inbetriebsetzung der Überlandzentrale billiger werden, und so den Straßenbahnbetrieb verbilligen, sodaß die Einführung von Schaffnern kaum ins Gewicht fällt. Von 33 Städten, die in der Vorlage genannt werden, sind es allerdings nur wenige, die mehr leisten als Lübeck. Aber es ist fraglich, ob nicht noch mehr Städte vorhanden sind, in denen bessere Straßenbahnverhältnisse bestehen. Vor allem ist es Bremen, das wesentlich mehr bietet. Dort fährt man für 10 Pfennig 18,2 Kilometer, trotzdem Schaffner angestellt sind. Redner resümiert die ganzen Gesichtspunkte nochmals und beantragt die Erweiterung der Einheitsstrecke auf 4 Kilometer mit der Maßgabe, daß die alten Strecken bis zu 500 Meter für 10 Pfennig überfahren werden dürfen.

Senator Strack bestreitet, daß die Einführung von Schaffnern Mehrkosten nicht verursachen würde; die Summe für diese würde mindestens 54 000 Mk. betragen. Wenn wir die Anträge der Kommission annehmen, gehen wir weit darüber hinaus, was im Durchschnitt in Deutschland sonst üblich ist. Die ganzen Unkosten bedingen eine jährliche Mehrausgabe von über 200 000 Mk., der Verkehr muß sich also ganz gewaltig steigern, wenn die vermehrten Betriebskosten für die neuen Linien sich decken sollen.

Stelling: Zunächst bemerke ich, daß ich mich mit der Worterteilung, wie sie jetzt gehandhabt wird, nicht einverstanden erklären kann; ehe der betr. Tagesordnungspunkt zur Beratung steht, sollte der Wortführer Meldungen nicht entgegennehmen, ich erwarte, daß meiner Anrege entsprochen wird. — Als seinerzeit davon gesprochen wurde, daß eine große Straßenbahnvorlage kommen solle, war man allgemein der Auffassung, daß dies eine dringende Notwendigkeit sei; die Bevölkerung sah dieser Vorlage mit Spannung entgegen. Die jetzige Vorlage hat jedoch keinen Anspruch auf Großzügigkeit. Ich hätte erwartet, daß der Frage näher getreten worden wäre, die in der Kommission angeführt wurde: der Frage des Baues einer sog. Ringbahn, die doch noch kommen muß. Die Vorlage bringt noch lange keine so großartigen Fortschritte, als man uns glauben machen will, denn diesen Fortschritten stehen mancherlei Nachteile gegenüber. Herr Senator Strack erklärte allerdings, fiskalische Gründe seien vor allem bei dieser Vorlage maßgebend gewesen, ohne daß man sich der fiskalischen Kleinlichkeit schuldig mache. Ich will zugeben, daß auch die finanzielle Seite erörtert werden muß; ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß ins Blaue hinein gewirtschaftet werden soll. Es wurde gesagt, wenn der Plan des Direktors Hase verwirklicht würde, würden sich die Ausgaben nicht rentieren. Ich verweise darauf, daß heute abend auch 800 000 Mk. bewilligt wurden, die sich in absehbarer Zeit nicht verzinsen. Unser Straßenbahnprojekt soll der ganzen Lübecker Bevölkerung zugute kommen, es soll nicht immer das Geschäft maßgebend sein, sondern auch den Verkehrsinteressen entsprechen. Mehr oder weniger betrachtet die Bürgerschaft die Straßenbahnfrage vom finanziellen Standpunkt aus. Der Kommission kann man nur danken für die Energie, daß sie dafür eingetreten ist, von der Bürgerschaft nicht nur die Mittel zu verlangen, sondern dieser auch ein Mitbestimmungsrecht im Ausbau und in den Tariffragen einzuräumen. Vor allem ist es dringend notwendig, daß die Bahn durch die Hansastraße nach dem Töpferweg gleich mit gebaut wird, trotz der eventuellen Verzögerung, die dadurch eintritt. Wenn wir auf diesem Wege fortwirtschaften, kommen wir aus den großen und kleinen Straßenbahnvorlagen garnicht heraus. Solche Sachen müssen gleichzeitig und großzügig geschaffen werden. Auch in bezug auf die Moislinger Allee trifft dies zu und ich kann mich der Auffassung der Kommission soweit anschließen, daß der Ausbau der Bahn dort dringend notwendig ist; der Bau muß aber bis zum Moislinger Baum durchgeführt werden, denn die sich mehrende Bevölkerung Moislings hat Anspruch darauf, bessere Verbindung mit der Stadt zu bekommen; Moisling ist kein kleines Dorf und auch der verehrte Bürgermeister von Moisling (Heiterkeit) befürwortet hoffentlich den Ausbau. Trotz der anscheinend hohen Kosten muß die Bahn gebaut werden. Das jetzt vorgelegte Projekt ist etwas Halbes. Von der Zeichnung einer Garantiesumme darf die Durchführung des Projekts nie und nimmer abhängig gemacht werden. In Moisling ist eine große Arbeiterschaft ansässig, die zum Teil in Lübecker Fabriken arbeitet. Beim projektierten Hochbrückenbau wies man doch auch darauf hin, daß der Industrie und der Arbeiterschaft Rechnung getragen werden müsse. Auf der Marlibahn muß es auch möglich sein, den 5-Minuten-Verkehr einzurichten. Durch die Hüxstraße wird der Betrieb allerdings nicht geleitet werden können, deshalb braucht man aber nicht den unglücklichen Gedanken hegen, die Bahn durch die Wahmstraße zu leiten; zweckmäßiger wäre es, den Verkehr die Hüxstraße hinab und die Fleischhauerstraße oder Johannisstraße hinauf zu leiten. Mit der Pendelbahn nach dem neuen Friedhof bin ich einverstanden, dagegen darf diese nicht nach Fackenburg und die Hauptstrecke nach dem Friedhof geleitet werden, denn von Fackenburg aus wird die Bahn viel benutzt. All diese Fragen muß die Bürgerschaft notwendig prüfen und eine Kommission einsetzen, trotzdem wir ebenfalls auf dem Standpunkt baldiger Verabschiedung der Vorlage stehen. In der Kommission waren vier verschiedene Meinungen, und da ist's nicht mehr wie recht und billig, wenn auch unsererseits die Angelegenheit kommissarisch geprüft wird. Der Zonentarif muß ebenfalls ernster Erwägung unterzogen werden. Trotz aller schönen Reden müssen wir hier Verschlechterungen mit in Kauf nehmen. Bei Reformen soll man aber nicht wie bei der Reichsfinanzreform Verschlechterungen schaffen, sondern Verbesserungen. Die Verquickung des Zonentarifs mit der Einführung von Schaffnern ist nicht angebracht. Die Schaffner müssen schon aus Rücksicht für die Betriebssicherheit und die Bequemlichkeit des fahrenden Publikums angestellt werden; die Führer können sich nicht mit dem Wechseln von Geld beschäftigen, ohne den Betrieb leiden zu lassen. Trotz der Einführung von Schaffnern darf aber vom alten System des Einheitstarifs von 10 Pfg. nicht abgegangen werden. Eine Gefährdung des Ausbaues der Bahn ist es nicht, wenn man behält was besteht. Herr Kommerzienrat Scharff betonte ja, 90 Prozent würden unter 3000 Meter fahren; die restlichen 10 Prozent, die in der Hauptsache gewiß Arbeiter sind und außerhalb der Stadtgrenze wohnen, sollen also mehr bezahlen; diesen sollte man die Fahrt nicht verteuern. Wenn 90 Prozent unter 3000 Meter fahren, dann ist es nicht berechtigt anzunehmen, daß aus den evt. Mehreinnahmen des Zonentarifes der Ausbau der Bahn bestritten werden könne. Bedenkt man noch, daß beim Zonentarif viele Fahrgäste nur bis zur 10-Pfennig-Grenze fahren und dann zu Fuß gehen, so bringt der Zonentarif doch auch keine Mehreinnahme. Aber hier ist bei Ihnen der Wunsch der Vater des Gedankens. Dem Wunsch der arbeitenden Bevölkerung muß auch insofern entsprochen werden, daß die Wagen auf allen Strecken frühzeitiger abgelassen werden. Auch mit der Ansicht muß gebrochen werden, daß nur die Arbeiter-Fahrkarten bekommen, die unter 1200 Mark verdienen. Man sollte hier keine Klassenteilung vornehmen. Aufgabe der Kommission ist es weiter zu prüfen, ob am Bestehen der Monatskarten festgehalten werden soll; ich bin der Auffassung, daß dies sowohl auf einzelnen Linien wie auf den gesamten Strecken möglich ist. Auch Wartehallen in der Fackenburger Allee wie in Israelsdorf müssen errichtet werden, aber nicht nur für das Publikum, sondern auch für das Fahrpersonal, damit dieses das Frühstück nicht bei allem Sturm und Wetter im Freien zu verzehren braucht. In die Wirtschaft sollen die Angestellten nicht gehen und auf Betreiben eines Bürgerschaftsmitgliedes dürfen sie ihr Frühstück auch nicht im Wagen verzehren; hält man an dieser Auffassung fest, dann müssen eben Unterkunftsräume an den Endstationen geschaffen werden. Dies alles erfordert Kommissionsberatung; deshalb kann doch der Senat ermächtigt werden, das Material zum Bahnbau eventl. schon jetzt zu beschaffen. Als seinerzeit die Bahn verstaatlicht wurde, erklärte man aus der Mitte der Bürgerschaft, in Zukunft werde wohl manche Bürgerschaftssitzung sich mit den Verhältnissen der Angestellten beschäftigen müssen. Ich kann Sie aber beruhigen, daß dies nicht der Fall ist und will nur heute bei der großen Vorlage eine Ausnahme machen; den Fall selbst überlasse ich Ihrer Entscheidung. In Lübeck wurde vor Jahren mehrfach versucht, die Straßenbahner für die Organisation zu gewinnen, denn niemand hat das Recht einen andern an der Zugehörigkeit zu einer Organisation zu hindern. Im Laufe dieses Sommers hat sich ohne jede Einmischung von anderer Seite eine Anzahl Straßenbahnführer zusammengeschlossen und sich organisiert. Der Zusammenschluß ist geschehen, weil Mißstände vorhanden waren, die sie dazu getrieben haben. Nach diesem Zusammenschluß soll Terrorismus vorgekommen sein; solange aber nicht Material hierüber beigebracht wird, kann ich daran nicht glauben. Es wurde aus den Reihen der Angestellten eine Kommission gebildet, die bei der Direktion vorstellig werden sollte; ehe es dazu kam, wurden die Leute auf die Direktion beordert und dort mußten sie einen Vertrag unterzeichnen, in dem ein Paragraph enthalten ist, der die Zugehörigkeit zu einem Handels- und Transportarbeiter- oder sonstigen Arbeiterverband verbietet. Man hat mehreren Leuten gesagt: Wenn Sie nicht unterzeichnen, sind Sie sofort entlassen. (Hört, hört! bei den Soz.)! Anderen Angestellten wurde im Falle der Nichtunterzeichnung mit sofortiger Kündigung gedroht. Durch Drohung sollte man niemals versuchen, Leute an dem Recht der Organisationszugehörigkeit zu hindern, an dem Recht, das jedem Menschen zusteht. Beamte und Lehrer haben sich doch ebenfalls organisiert und das Recht der Organisation läßt sich niemand streitig machen, einerlei ob es sich um eine sogenannte sozialdemokratische oder andere Organisation handelt. Hier handelt es sich darum, daß den Straßenbahnern das Recht der Koalition genommen wurde. Der vorgelegte Vertrag enthielt auch noch Bestimmungen über veränderte Dienstzeit; wenn dies wirklich der Fall ist, dann ist in ungeheuerlicher Weise vorgegangen worden. Die Leute konnten in dem kurzen Zeitraum den Vertrag gar nicht gelesen haben, sie gingen hinein und kamen gleich wieder heraus. Sie sagen, vielleicht ist die Entlassung nur angedroht worden; nein, es sind tatsächlich Entlassungsfälle vorgekommen; ein Mann wurde später wieder eingestellt. Einem Vorarbeiter wurde vorgeworfen, warum er als solcher im Verband sei; ein Mitglied der Kommission wurde ebenfalls entlassen, und doch hat es sich nur um ganz bescheidene Forderungen gehandelt. Die Spruchpraxis bezüglich des § 152 der G.-O. ist bezüglich der Straßenbahner verschieden. Man kann zwar auf dem Standpunkt stehen, die Straßenbahner sind Eisenbahner, aber das Koalitionsrecht kann man ihnen nicht rauben. Der § 152 der G.-O. wurde aber von der Lübecker Behörde verletzt, indem sie die Maßnahmen auch auf die Hallen- und Reparaturarbeiter ausdehnte, denen doch der § 152 der G.-O. zweifellos zur Seite steht. Ein solches Vorgehen verstößt gegen die guten Sitten, es ist nach meiner Meinung ungesetzlich; auf diese Weise darf kein Vertrag zustande kommen. Wenn heute dieser Vertrag, der den Leuten aufoktroyiert wurde, einem Gericht unterbreitet wird, so wird festgestellt werden müssen, daß die Unterschrift von den Straßenbahnern durch Androhung der sofortigen Entlassung resp. Kündigung erpreßt ist.

Wortführer Dimpker: Sie dürfen der Behörde nicht vorwerfen, daß sie etwas erpresse.

Stelling: Das ist meine Auffassung, von der ich nicht abgehe.

Wortführer Dimpker: Dadurch machen Sie die Sache noch schlimmer und ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung.

Stelling: Durch Ihre Handlungsweise werden Sie doch nicht erreichen, was Sie bezwecken wollen. Sie werden auf Bremen hinweisen, dort sind aber vor Ausbruch des Streiks die Mehrzahl der Straßenbahner unorganisiert ge-

---

Hoffart und Selbstsucht. Der Meier, der zuerst für einen der glücklichsten Menschen gegolten, eine Zeitlang auch in der Tat ein frohes Dasein hatte, fühlte in einsamen Stunden ein wahres Ungenügen und wurde von Herzen traurig. Er sagte sich, daß aufs Geld und vornehme Freundschaft doch lange nicht so viel ankomme, wie er gemeint, und er hatte den scharfsinnigen Gedanken, daß eine Frau mit weniger Geld, aber mehr Herzensgüte, einen Mann am Ende viel glücklicher machen könnte als eine reiche und ungute. Einmal, als er vom Säen des Sommergetreides nach Hause ging und durch die Stille des Mittags um ihn und den Lerchengesang über ihm reizbarer gestimmt war, kam ihm ein schlankes junges Mädchen entgegen, die von weitem eine gewisse Ähnlichkeit mit Regine hatte. Er dachte an diese und erinnerte sich nach und nach an alles, was ihm von ihr widerfahren war. Er stellte sich ihre Güte und Liebe vor an jenem Palmsonntag, die Freundlichkeit beim Begegnen und Grüßen, die glücklichen Augen, mit denen sie ihm beim Tanze ansah, die Gutmütigkeit, womit sie ihm zur Hochzeiterin Glück wünschte, obwohl — —; und er dachte: die wär' besser gegen mich geblieben, wenn ich die genommen hätt! Ein Seufzer entstieg seiner Brust. Einen Moment später strich er mit der Hand über das Gesicht und sagte für sich: „Nun ist's einmal so! Auf der Welt ist's nie ganz, wie's sein sollte, und andere haben auch nicht alles, was sie wünschen."

Daß solche Stunden des Bedenkens und Missens vereinzelt blieben, dafür sorgten übrigens die Arbeiten des Bauers, die ihn immer wieder in Beschlag nahmen und ihn in die Stimmung versetzten, wo man das, was man entbehrt, nicht fühlt und das Leben nimmt, wie's eben ist. Das Dorf hielt ihn noch immer für einen der glücklichsten Männer. Man wußte freilich, daß die Meierin stolz war und das Heft in der Hand hatte; wie weit das aber ging, und daß der Mann darunter litt, das machte sich nach außen nicht sichtbar. Die Frau stellte den Mann auch nur unter sich und die Ihrigen; im Vergleich mit andern im Dorf war er ihr der erste, und sie ließ ihm, wo es darauf ankam, durchaus nichts nehmen und gab ihm vor andern seine gebührende Ehre. So blieb das, was dem Gatten zum wirklichen Glück abging, für die Leute ein Geheimnis. Nur die Nachbarin, die ihren „Bauern" noch immer so gern hatte, machte die Wahrnehmung, daß die Meierin sich gegen ihren Mann nicht ganz so benehme, wie's ihr zukam, und dachte bei sich, daß derselbe doch nicht das Leben habe, das er haben könnte.

Glücklich in ihrer Art, ja vollkommen zufrieden war die Meierin selbst. Sie hatte in der Tat alles, was ihr Herz begehrte: Geld und Gut, gesunde, hübsche Kinder, einen stattlichen Mann, der ihr folgte, und all die äußere Herrlichkeit, die ihr gebührte. Mit Ausnahme der Frau Pfarrerin, mit der sich aber eine solche nicht vergleicht, war sie die anerkannt erste Frau im Dorf, da sowohl der Wirt als der in der Nähe befindliche Müller mit etwelchen Schulden gesegnet waren, und deren Weiber, von denselben einigermaßen gedrückt, den Kopf nicht ganz so hoch tragen konnten. Alles war demnach bei ihr in Harmonie, und wer sie sah, wie sie manchmal in ihrem Hof stand und umherschaute mit den Blicken einer Herrscherin, der sagte sich: „Das ist eine, der's nach Wunsch geht!"

Im beginnenden Frühling war Aussicht vorhanden auf einen neuen Ankömmling in der Familie. Dieser Umstand erhöhte das freudige Gefühl des Weibes, und da die jetzt weniger unmüßige Zeit es gestattete, so wollte sie vor ihrer Niederkunft noch einen Besuch bei ihren Eltern machen. Der Mann wurde beordert, das Gefährt aufs beste herzurichten, sie selber putzte sich und die Kinder, und im schönsten Staat, bewundert von alt und jung, fuhr die Familie aus dem Hof und aus dem Dorf, dem Geburtsort der Mutter, zu. Groß war die Freude des Wirts und der Wirtin über das vortreffliche Aussehen der Tochter, der Enkel und auch des Schwiegersohns. Das „Ahnfräulein" und die jüngere Tochter des Hauses trugen auf, was Speisekammer und Keller boten; man besichtigte das Prunkzimmer, die Ställe, das Bräuhaus und machte einen Spaziergang durchs Dorf, um besseren Appetit zum Abendessen zu bekommen. Der Meier konnte nicht sagen, daß man im Wirtshause nicht auch ihm seine Ehre gab; aber er mußte doch fühlen, daß er keineswegs die Hauptperson war. Als er einmal, an der Seite stehend, die Familie betrachtete, kam es ihm vor, als ob sein Weib doch eigentlich nichts wollte, als sich selbst mit den Kindern den Ihrigen zeigen, diese nichts, als die Tochter mit den Enkeln sehen, und daß man ihn im Grunde nur so „mit ankommen" (mit ankommen, mitgehen) ließ. Diese Wahrnehmung konnte ihm nicht wohltun, und er fühlte sich denn auch je länger je weniger von dem Besuch erbaut. Die Meierin dagegen, die nicht nur von den Ihrigen, sondern auch auf der Gasse und abends in der Wirtsstube von Bekannten Lob und Ehre und die schönsten Glückwünsche empfing, schwelgte in der Lust des Tages. Spät entschloß sie sich zur Heimfahrt. Die Nacht war ziemlich vorgerückt und die Luft kühl bis zur Kälte, als sie wieder in den Meierhof einfuhren.

(Fortsetzung folgt.)

wesen. Es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften, es zu Konflikten kommen zu lassen, der Ernst der gegenwärtigen Situation weist auf Verständigung und Vermeidung von Lohnkämpfen hin. Will man hier nicht Heuchler erziehen, die ihre langjährig erworbenen Rechte nicht aufgeben wollen, dann darf man nicht dulden, daß den Straßenbahnern das Koalitionsrecht geraubt wird. Äußern Sie sich bitte zu dieser Angelegenheit, ziehen Sie in Betracht, daß die lübeckische Behörde den Straßenbahnern das Recht des Zusammenschlusses ohne jeden Grund genommen hat. Ich hoffe, daß die Behörde hieraus die Lehre zieht, daß die Angestellten im Dienst ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun haben, was sie aber in ihrer freien Zeit tun, das geht die Behörde gar nichts an, das ist eine Angelegenheit der Straßenbahner, um die sich niemand zu kümmern hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wortführer Dimpker: Ich bin nicht in der Lage, bezüglich der Wortmeldung Herrn Stellings Wunsch zu berücksichtigen.

Senator Strack hebt hervor, daß wir vor allem die Verpflichtung hätten, die Finanzfrage in den Vordergrund zu stellen; denn in den nächsten Jahren sei mit einem nicht unerheblichen Defizit zu rechnen. Daß der Zonentarif am meisten die Arbeiter treffe, könne nicht behauptet werden, denn diese wohnten zum größten Teil in der Nähe der Arbeitsstellen. Durch das Steigen der Löhne im Betriebe habe man sich überall in der Beförderungsdauer beschränken müssen. Die Vorwürfe Stellings in bezug auf die Organisierung der Straßenbahner treffen nicht zu. Die erste Aufforderung sei vom Deutschen Transportarbeiterverband in Berlin ergangen; der Organisierung stehe die Sozialdemokratie ebenfalls nicht fern, denn Herr Stelling habe selbst eine Versammlung abgehalten im Lauerhof, und er glaube nicht, daß dies ein anderer Stelling sei, als der, der in der Bürgerschaft sitze. (Stelling: nein, es ist derselbe.) Wir haben von den Angestellten verlangt, daß sie keiner Organisation angehören. Jeder, der etwas vorzubringen hat, weiß, daß ihm von seiten der Vorgesetzten Gehör geschenkt wird. Es ist jahrzehntelang gut gegangen. Herr Stelling hat nur einen Mißstand genannt, und das ist eine reine Bagatellsache, es betrifft die Wascheimer. Nach der Gewerbeordnung dürfen sich die Straßenbahner nicht organisieren. Hier geht das allgemeine Wohl vor. Die Straßenbahnangestellten stehen außerhalb der Gewerbeordnung und zählen zur Eisenbahn. Wir haben vor allen Dingen für einen geordneten Betrieb Sorge zu tragen. Unser Vertrag ist allen Straßenbahn-Angestellten bekannt gemacht, es sollten alle unterschreiben. Als die Aufforderung erging, war es nicht sofort möglich, weil dies schnell geschehen mußte. Manche haben mit Dank unterschrieben, weil sie vom Terrorismus befreit wurden. (Allgemeines Bravorufen.) Wer eben widerspricht, der wird entlassen. Der eine nahm den Widerspruch zurück und wurde wieder eingestellt. Der Vorarbeiter hatte andere bedroht, wenn sie dem Verbande nicht beitreten würden, deshalb ist er an die Luft gesetzt worden.

Schulmerich: Der Senat sagt nichts über Aufhebung der alten Abonnements und nichts über die Einführung neuer; auch in der Kommission ist dieser Punkt nur kurz behandelt; wenn andere Betriebsverwaltungen gegen Zeitkarten sind, hätte doch die Kommission diese Sache prüfen können, denn daß diese die Einnahmen schmälern, wie behauptet wird, ist noch eine Frage; freilich muß eine Begrenzung des Einkommens beim Bezug von Arbeiterkarten geschaffen werden. Unwesentlich sind die Bestimmungen über die Zeitkarten nicht. Für manche Leute in Marli z. B. ist es von einschneidender Bedeutung, ob sie solche Zeitkarten erhalten oder nicht; deshalb muß die Frage baldigst geprüft werden. Auch die Preise für die Kinder müssen durch die Mitbestimmung der Bürgerschaft geregelt werden. Redner beantragt, das Abonnement auf der Marlilinie bis auf weiteres bestehen zu lassen.

Senator Strack betont, daß die Abonnementsfrage sehr eingehend geprüft worden sei; 26 Städte hätten auf Anfrage vor der Einführung der Abonnementskarten gewarnt. Diese würden die Einnahmen ungünstig beeinflussen. Die Abonnementskarten sollen nicht, aber dafür Bündelkarten eingeführt werden; einheitlich sollten auch die Kinderfahrpreise gestaltet werden, aber vorerst sollte man diese Fragen zurückstellen.

Neuner glaubt, daß man mit der Verlängerung der Linien zur Einführung des Zonentarifs kommen müsse, und bemängelt die ungleiche Verteilung der zonentarifmäßigen Strecken. Den Zonentarif in der vorgeschlagenen Form lehnt Redner ab und wünscht verschiedene Verbesserungen und Verbindungen der Bahnstrecken.

Senator Strack: Wenn einzelne Strecken länger sind als die andern, so kann man dagegen nichts einwenden, denn es wurde hauptsächlich darauf gesehen, daß für 10 Pfg. möglichst der Zentralpunkt der Stadt erreicht werden kann.

Dr. Jak. Meyer: Ich bin in der Kommission immer für den Einheitstarif eingetreten, aber die Verhältnisse lassen ihn nicht zu. In der Bevölkerung interessiert man sich sehr lebhaft für die Abonnementskarten; bei der Aufhebung dieser für die Marlilinie würde ein Einnahmeausfall nicht unmöglich sein. Den Bewohnern von Marli sollte man doch etwas entgegenkommen. Redner tritt für den Zusatzantrag Schulmerich ein.

Senator Strack bittet, den Antrag abzulehnen, um die Einheitlichkeit nicht zu gefährden.

Coleman unterstreicht nochmals seine Ausführungen in bezug auf den Zonentarif, der eingeführt werden müsse, wenn der Ausbau der Bahn nicht zurücktreten soll. Bei uns komme eben auch in Betracht, daß wir die Bahn teuer gekauft hätten. Eine schlechte Rentabilität ergäbe sich nicht bei Berücksichtigung seiner Wünsche.

Stelling gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß plötzlich das soziale Empfinden hervorgehoben werde. Worin soll denn dieses liegen? In der Einführung von Abonnementskarten? Wenn man nicht andere soziale Gründe anführt, dann sollte man dieses „soziale" Empfinden lieber beiseite lassen. Denn die Fahrkartenbünde sind doch nur Vergünstigungen für die, die sie kaufen können. Schulmerichs Ausführungen, die sich darauf beziehen, daß wir alle Arbeiter seien, unterschreibe ich, freilich stehen die Bureauhilfsarbeiter auf einem anderen Standpunkt, sie wollen nicht als Arbeiter gelten. Für den Ausweis als Arbeiter zur Berechtigung zum Bezug von Abonnementskarten gilt doch am einfachsten der Steuerzettel oder eine Bescheinigung vom Arbeitgeber. Herr Senator Strack meinte, die Anführung der Ringbahn sei ein Schlagwort, demgegenüber muß ich betonen, daß vom Senatstische schon manches als Schlagwort bezeichnet wurde, was wenig Jahre später derselbe Senat als Vorlage eingebracht hat. Auf die finanzielle Seite habe ich hingewiesen, aber von den Leuten, die diese heute so hervorheben, wird doch sonst immer gesagt, man müsse sich von etwas Höherem leiten lassen. Herr Strack ist auf dem Irrwege, wenn er sagt, der Zonentarif schädige die Arbeiter nicht. Der Arbeiter, hauptsächlich der Bauarbeiter, muß die Arbeitsstelle sehr oft wechseln und ist gezwungen, größere Strecken zu fahren, er kann sich nicht immer mit seiner Wohnung der Arbeitsstelle anpassen, sonst müßte er alle sechs Wochen umziehen. Herr Senator Strack hat versucht, mich Lügen zu strafen; nach seinen Ausführungen und dem hier Erlebten werde ich's mir überlegen, ein zweites Mal persönlich mit einem Senator zu verhandeln. Das Gespräch bewegte sich in anderen Bahnen, wie Herr Strack behauptete. Ich habe ihm seinerzeit lebhaft geklagt, die Leute beschwerten sich über die Behandlung von seiten der Kontrolleure. Hatte ich ferner unrecht, wenn ich mich darüber beklagte, daß die Hallenarbeiter geringeren Lohn bekamen, wenn sie als Reserveführer beschäftigt wurden? Jetzt ist das allerdings abgestellt. Die Leute hatten also Grund zur Beschwerde. Die Leute haben während meiner Abwesenheit eine Versammlung abgehalten, und in dieser Versammlung wurde bekannt, daß die Behandlung durch einzelne Kontrolleure den Stein des Anstoßes bildete. Alten ergrauten Führern wurde gesagt, sie wären zu dumm, zu dämlich, sie sollten wieder nach Schönberg gehen und dort Ochsen hüten. Das läßt sich ein Mann nicht gefallen, da steigt einem die Galle hoch. Wäre Herrn Senator Strack früher so etwas als Angestellter gesagt worden, würde er sich dieses sehr verbeten haben. Wenn eben Beschwerden nichts nutzen, bleibt den Leuten nichts anderes übrig als sich zu organisieren. Beim Vorstelligwerden beim Direktor wurden die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigt. Bei meiner Rückkehr von Kopenhagen habe ich auf Wunsch der Straßenbahner diesen den Weg vorgeschlagen, den sie zur Abstellung der Mißstände einschlagen sollten. Von Lohnforderungen war in Anbetracht der finanziellen Verhältnisse keine Rede; man hätte die Kommission ruhig anhören können. Der Senat sagt, es handelt sich darum, die Leute sollen nicht organisiert sein. Von diesem Standpunkt sind selbst Leute abgekommen, die die größten Feinde der Organisationen sind. Von Liberalismus zeigt die Haltung der Behörde keine Spur, sie kann nur als reaktionär bezeichnet werden. Bei den Beamten und Lehrern vermuten Sie wohl keine Streikgelüste, wie sie angeblich bei den Straßenbahnern vorhanden sind. Das Recht der Organisation hat jeder, das mag der Herr Senator sich merken. (Der Wortführer ersucht den Redner, nicht persönlich gegen den Senat zu sprechen.) Man kann verschiedener Meinung sein, ob die Straßenbahnführer der Gewerbe-Ordnung unterstehen oder nicht, die Hallenarbeiter und die Arbeiter der Reparatur-Werkstatt aber fallen unter diese; hier liegen verschiedene Urteile vor, wie Redner beweist. Das Recht das Koalition muß ihnen nach § 152 gewährleistet werden und wer sie daran hindert, verstößt gegen die Gewerbe-Ordnung. Der Senator sagt, der Vertrag sei durch Anschlag bekannt gemacht worden. Der Vertrag ist aber nach meiner Meinung erst dann gültig, wenn jeder Angestellte im Besitze eines solchen ist; der Anschlag ist völlig unzureichend. Dann möchte ich auch den kennen lernen, der gesagt haben soll, er sei froh, jetzt vom Terrorismus befreit zu sein. Daß der Vorarbeiter in ungehöriger Weise agitiert haben soll, ist mir nicht bekannt. Ich persönlich halte es allerdings auch für ungehörig, wenn einer einen andern durch Zwang in eine Organisation treibt. Der Senat sagte, wer sich organisiert, werde an die Luft gesetzt. Das werden wir uns merken. Im Interesse der Allgemeinheit liegt es, wenn die Straßenbahnbehörde den Angestellten und Arbeitern das Koalitionsrecht zugestehen würde. Es spricht für den Charakter der Leute, daß sie in allen Versammlungen einmütig der Überzeugung waren, heute sei aus Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse nicht daran zu denken, Lohnforderungen und Gehaltserhöhungen einzureichen. Hieran können Sie die „Gefährlichkeit" der Leute ermessen, die im Lauerhof versammelt waren. Ich gebe den Straßenbahnern hier vor aller Öffentlichkeit den guten Rat, sich trotz der gegebenen Unterschrift im Verbande zusammenzuschließen und ihm, sofern Angestellte demselben angehören, treu zu bleiben. Dann wird sich herausstellen, ob eine Lübecker Straßenbahnbehörde imstande ist, den Leuten das Recht streitig zu machen, daß jedem Menschen zusteht.

Senator Strack geht auf einzelne Ausführungen Stellings ein und betont, daß der Vorarbeiter, der agitiert hat, entlassen wurde. Die anderen Vorwürfe des Herrn Stelling überlasse er der Beurteilung der Bürgerschaft. Die Sache werde hier aufgebauscht.

Fehling möchte auf den juristischen Kern der Stellingschen Ausführungen eingehen, aber die Sache gehöre nicht hierher und die anderen Auslassungen Stellings betr. die Organisation interessieren die Bürgerschaft nicht. Im weiteren läßt sich der Redner über die Abonnementskarten aus; gerade wenn diese auf der Marlilinie aufgehoben würden, könne man den Unterschied in der Einnahme studieren. Die Einführung der Abonnementskarten wäre ein Schritt ins Dunkle. Redner stellt den Antrag, eine Kommission einzusetzen, die prüfen soll, ob an den Senat das Ersuchen zwecks Einführung von Abonnementskarten gerichtet werden soll.

Mantau ist im Prinzip für den Einheitstarif; wenn die räumliche Ausdehnung Lübecks größer wäre, könnte man für den Zonentarif eintreten. Bei günstigem Wetter werden die Leute die Bahn nicht benutzen, oder wenigstens erst von der Teilstrecke an fahren, sodaß der Zonentarif wirkungslos ist. Redner plädiert für das Kompromiß Coleman, vier Kilometer als Norm gelten zu lassen.

Tegtmeyer (Moisling) unterstützt den Wunsch Stellings, die Bahn bis zum Moislinger Baum auszubauen, er hätte selbst einen Antrag gestellt. Hoffentlich werde die Behörde recht bald mit den Garantiezeichnern einen Vertrag abschließen. Die Senatsvorlage sollte angenommen werden, dadurch würde auch der Ausbau nach Moisling gefördert.

Schulmerich: Aus dem Kommissionsbericht ist doch nichts anderes zu ersehen, als daß in absehbarer Zeit Abonnementskarten eingeführt werden sollen, der Herr Senatskommissar freilich sagt das Gegenteil; jedenfalls sollte das Abonnement im jetzt bestehenden Umfange beibehalten werden. Redner wendet sich gegen Rechtsanwalt Fehling, der einen Antrag auf Ersuchen zur Prüfung einer Kommission gestellt habe; es sei doch gegen die gesunde Vernunft, wenn die Bürgerschaft eine Kommission ersuche, über den Antrag der Bürgerschaft zu beraten, wie Fehling wünsche.

August Pape ist von der Vorlage enttäuscht, weil diese nicht weit genug ausgearbeitet worden sei und wendet sich gegen die Ausführungen des Senatskommissars, der sich gegen die Linie am Töpferweg ausgesprochen habe; dadurch werde er gezwungen, gegen die Vorlage zu stimmen. Der Einheitstarif ist der beste, dadurch wird allen Gelegenheit geboten, die Straßenbahn zu benutzen; Herr Scharff habe ja als Kommissionsmitglied selbst hervorgehoben, daß der Zonentarif in Wirklichkeit außer Kraft gesetzt werde. Die Frequenz wird durch Ausdehnung der Linien gehoben. Es sei noch nicht gesagt, daß die Pendelbahn mehr einbringe, das Gegenteil sei der Fall.

Fehling verteidigt seinen Kommissionsantrag, der klarstellen soll, ob die Einführung der Abonnementskarten zweckmäßig sei.

Es folgt die Einzelberatung.

Zu § 6 macht

Hauptlehrer Reimpell der Kommission den Vorwurf der Inkonsequenz und stellt den Antrag, die Linie statt durch die Moislinger Allee durch die Meier- und Hansastraße zum Bahnhof zu leiten; es würde dadurch beträchtlich an Baukosten gespart.

Der Antrag Stelling auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.

Dr. Wetzke hebt hervor, der St.-Lorenz-Verein habe stets die Linie durch die Moislinger Allee gewünscht.

Aug. Pape: Die ganze Bevölkerung von St. Lorenz ist doch nicht im St.-Lorenz-Verein organisiert. In der Meierstraße haben sich 82 Hausbesitzer bereit erklärt, ihre Vorgärten gratis herzugeben; dies dürfe nicht unbeachtet gelassen werden; um so mehr, als sich dort der Verkehr mehr heben würde als in der Moislinger Allee.

Hierauf wird beim Punkt 6 dem Senatsantrag zugestimmt; somit fällt der Antrag Reimpell.

Heise wünscht, daß das tote Geleise von der Puppenbrücke und Fackenburger Allee wieder benutzt wird.

Heinsohn ersucht, bei Anschaffung der Uniformen das hiesige Gewerbe zu berücksichtigen.

Senator Strack sagt dies zu, wenn sich Firmen finden, die dies übernehmen wollen und sie herstellen können.

Die Anträge Stelling, Coleman und Schulmerich werden abgelehnt, ebenfalls der Antrag, die Frage des Zeitabonnements prüfen zu lassen, und der Senatsantrag angenommen.

Als letzter Punkt wird der Antrag Heise: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die Vorlage des Entwurfs eines Ortsstatuts zu erwägen, dahingehend, daß die sonntägliche Verkaufszeit sowie Kontorarbeitszeit auf die Stunden von 7 bis 9 Uhr vormittags beschränkt werde, daß ferner Weihnachten, Ostern und Pfingsten ein Verkauf am ersten Festtage überhaupt nicht stattfinden darf, behandelt.

Der Antragsteller legt nach der Behandlung im Bürgerausschuß über diese Frage keinen Wert mehr auf die Weiterberatung.

Paatsch wünscht die Kirchzeit verlegt, damit die Läden am Morgen drei Stunden geöffnet werden könnten.

Schluß 11 Uhr.

Aus der Partei.

Personalien. Der Karlsruher „Volksfreund" vom Sonnabend meldet: Die Gesundheit unseres Kollegen Wilhelm Kolb ist schwer erschüttert. Er hat sich heute nach Italien begeben, um vollständig hergestellt zu werden. Der Arzt hat ihm vorläufig jede redaktionelle und öffentliche Tätigkeit untersagt.

Angebliche Gotteslästerung. Gegen den Genossen Max Saling in Görlitz war von dem Polizeiinspektor in Lauban Anzeige erstattet worden. Genosse Saling sollte in einem Vortrage die christlichen Kirchen durch das Wort „Verdummungsanstalten" beschimpft haben. (§ 166 St.G.B.) In der Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Görlitz bestritt Genosse Saling die Anklage und wies darauf hin, daß die Ausführungen in seinem Referat, auf die sich die Anklage bezieht, ganz aus dem Zusammenhang gerissen sind. Das Gericht erkannte auch auf Freisprechung mit der Begründung, es habe nicht die Überzeugung gewinnen können, daß eine Beschimpfung der christlichen Kirchen vorliege. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob aber das Reichsgericht am Freitag das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht Görlitz zurück.

Sozialistische Blinden-Literatur. Soeben ist erschienen: „Die Neue Zeit", Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge. Nr. 1, zweiter Jahrgang. Das Heft hat folgenden Inhalt: Die materialistische Geschichtsauffassung. Von Dr. Max Adler. — Die Entwickelungslehre und ihre Bedeutung! Von M. H. Baege. — Vom Wiener Kongreß. Von Nemo. — Familien. Von Karl Henkell. — Notizen. — Das Blatt erscheint alle zwei Monat und beträgt der jährliche Abonnementspreis für Deutschland und Österreich-Ungarn 3,60 Mk., für die übrigen Staaten 4,50 Mk. Bestellungen und Anfragen sind zu richten an A. Wendt, Berlin N. 39, Spenglerstr. 1. Von dort können auch Werbeblätter kostenlos bezogen werden. — Das Blatt wird nicht durch den Buchhandel vertrieben, sondern kann nur durch die obige Adresse gegen Einsendung des Abonnementsbetrages bezogen werden. Die Parteigenossen werden gebeten, alle ihnen etwa bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

Eine Konferenz blinder Genossen fand kürzlich statt; sie war von der Propagandakommission der „Neuen Zeit" einberufen. In zweitägiger Beratung wurden die verschiedenen Fragen der Agitation eingehend erörtert. Der gegenwärtige Stand des Organs wurde zwar allseitig als durchaus befriedigend bezeichnet, doch sei es notwendig, den sozialistischen Gedanken in immer weitere Kreise der Blinden zu tragen. Es müsse daher die weitgehendste Ausgestaltung der „Neuen Zeit" angestrebt werden. Demgemäß sei zunächst die monatliche Herausgabe des Blattes ins Auge zu fassen, sowie die öftere Beigabe von Sonderbeilagen, in denen größere Arbeiten ökonomischen oder naturwissenschaftlichen Inhalts zu veröffentlichen wären. Der Abonnementspreis müsse dabei doch ein niedriger sein, da die Mehrzahl der Blinden den ärmsten Schichten angehört. Bei einer so geplanten Ausgestaltung des Blattes dürften dessen Herstellungskosten durch die Abonnementsgelder kaum gedeckt werden können. Es werde sich daher wohl notwendig machen, an die Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit der sehenden Parteigenossen zu appellieren. Es fand ferner ein Antrag Annahme, der die Errichtung einer sozialistischen Zentral-Wander-Bibliothek forderte. Die Ausführung dieses Planes wird leider einstweilen noch zurückgestellt werden müssen, bis die Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel gesichert ist. Darüber, daß eine sozialistische Wanderbibliothek für Blinde dringend notwendig ist, herrschte unter den Konferenzteilnehmern nur eine Stimme. In Leipzig und Hamburg bestehen schon seit Jahren große von bürgerlichen Philantropen gegründete Leihbibliotheken für Blinde, die sich großer Frequenz erfreuen. Durch eine sozialistische Wanderbibliothek könnten die indifferenten Blinden leichter herangezogen werden, als dies jetzt der Fall ist. Vor allem aber könnten dann erst den Blinden die grundlegenden Werke unserer Theoretiker zugänglich gemacht werden, woran bisher leider nicht zu denken war. Endlich wurde noch beschlossen, von Zeit zu Zeit kleine Mitteilungshefte in gewöhnlicher Druckschrift (Schwarzschrift) herauszugeben, in welchen die speziellen Blindenfragen vom Standpunkt sozialistischer Weltanschauung beleuchtet werden sollen. Durch solche Veröffentlichungen sollen bei den sehenden Genossen Interesse und Verständnis für die junge sozialistische Blindenbewegung geweckt werden, was auch an seinem Teil sicher wieder der Gesamtbewegung zugute käme.

Protest wider die Hallesche Polizeiwillkür. Genau am Jahrestage der Verhängung des Belagerungszustandes über das Mansfelder Gebiet (21. Oktober 1909) hatte sich die Arbeiterschaft in Halle a. S. zu drei imposanten Versammlungen zusammengefunden, um gegen den ausnahmegesetzlichen Zustand zu protestieren, den die dortige Polizei durch ihr rechtswidriges Attentat auf das Vereinsgesetz herbeigeführt hat. Mehr als 6000 Proletarier bewiesen der Polizei, daß sie sich durch ihre Maßnahmen nicht im geringsten einschüchtern lassen. So wenig wie die Mansfelder Grubenklauen durch die Maschinengewehre vom ermachten Klassen-

bewußtsein abgebracht worden sind, so wenig wird die Polizei in Halle und anderen Orten die erstarkte Arbeiterbewegung erschüttern können. In der von den Versammlungen einstimmig genehmigten Resolution, die zwischen Partei und Gewerkschaft vereinbart worden, wird aufs schärfste gegen das in Halle und Moabit am krassesten hervortretende Polizeisystem protestiert. Die angegriffene Polizei hatte ein mächtiges Aufgebot auf die Beine gebracht, bekam aber nichts zu tun. Zahlreiche Aufnahmen in die sozialdemokratische Organisation wurden in den Versammlungen gemacht.

Ein deutsches Arbeiterfest in Brüssel. Man schreibt dem „Vorwärts“ aus Brüssel: Vorige Woche weilte hier eine von der badischen Regierung zum Studium der Weltausstellung entsandte größere Anzahl von Arbeitern Badens aus verschiedenen Berufen. Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Gewerkschaften wurde die Expedition aus zwei Drittel freiorganisierter Arbeiter, zu einem Drittel aus Arbeitern der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen zusammengestellt. Der hiesige „Deutsche Arbeiterverein“ hatte die deutschen Genossen aus Baden empfangen und sie am vorigen Dienstag auch zu einer festlichen Veranstaltung im großen Saal des „Cour de Bruxelles“ geladen. Den Genossen wurden meisterhafte Musikvorträge von Berufskünstlern mit einem vornehmen modernen und klassischen Repertoire geboten und der aus Bielefeld anwesende Genosse Schreck rezitierte Gedichte van Goethe, Schiller, Heine und Freiligrath. Nach der Bewillkommnung durch den Präsidenten des Arbeitervereins dankte dann namens der Badenser — es waren 130 in Brüssel — ein Genosse für den Empfang und betonte die brüderlichen Bande der Solidarität und Internationalität, die die Sozialdemokratie aller Länder vereint.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Buchbinder in Plauen i. V. haben mit der Firma Kaiser einen Tarif auf vier Jahre abgeschlossen. Es tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung bis zu 11 Pfg. pro Stunde ein. Der Mindestlohn wird von 27 auf 32 Pfg. erhöht. Für Überstunden und Sonntagsarbeit werden Zuschläge gewährt und nach fünfjähriger Tätigkeit im Betriebe drei Tage Ferien.

Die Lohn- und Tarifbewegung in der Bielefelder Wäsche-Industrie. Die Veranlassung zu dem am Sonnabend früh erfolgten Ausstand ist auf die ablehnende Haltung der Unternehmer zu dem von den Arbeiterinnen eingereichten Lohntarif zurückzuführen. Im Jahre 1905 war es in der Bielefelder Wäsche-Industrie zum ersten Male möglich, eine Aufbesserung der Löhne von 8 auf 12 Proz. und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden durchzusetzen. Diese Errungenschaften konnten leider im Laufe der Zeit nicht gehalten werden, da die Organisation zurückging und auch die ungünstige Geschäftskonjunktur Lohnkürzungen begünstigte. Nun ist die Geschäftszeit besser und auch die Organisation ist wieder gekräftigt. Den Unternehmern wurden Forderungen eingereicht, die tägliche Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen, die Akkordsätze sollen um 15 Proz. erhöht werden. Für Näherinnen, Plätterinnen, Zuschneider und Hilfsarbeiter sind im einzelnen die Löhne festgesetzt. Die Unternehmer verlangten Bedenkzeit, um Vergleiche zwischen den in Berlin geltenden und den in Bielefeld bestehenden Löhnen anzustellen. Ein solcher Vergleich ist deswegen schwer möglich, weil auch in Berlin Firmentarife bestehen. In Bielefeld bestand bisher kein Tarif. Die Verhandlungen mit den Unternehmern führten zu keiner Einigung, sodaß Streik beschlossen wurde.

Der Streik der Ofensetzer in Leipzig währt weiter. Verhandlungen der beiderseitigen Organisationsvertretungen hatten zunächst den Erfolg, daß für beide Teile ein Vertrag zustande kam, der einen sofortigen fünfprozentigen Aufschlag auf den Gesamttarif und eine Bewilligung von weiteren 5 Proz. Zuschlag auf glatte Öfen im nächsten Jahre vorsah. Die Gehilfen stimmten dem Vergleich zu, die Unternehmer lehnten ihn jedoch fast einstimmig ab. Der Kampf geht also weiter. Die Haltung der Ausständigen ist nach wie vor eine musterhafte.

Der deutsche Transportarbeiter-Verband zählte am 1. Oktober 143 000 Mitglieder.

Streik im Böttchergewerbe. Bei der Faßfabrik And. Klein in Kitzingen bestehen Lohndifferenzen, die zur Arbeitsniederlegung führten. Die Firma verschlechterte verschiedentlich die bestehenden Arbeitsverhältnisse und maßregelte den Vorsitzenden der Zahlstelle des Verbandes, der acht Jahre bei ihr beschäftigt war. Fünf Streikbrecher sind nach eintägiger Tätigkeit wieder verschwunden. — Um Fernhaltung des Zuzuges wird ersucht!

Radbodprozeß.

Die Verhandlung vom Montag brachte in der Vormittagssitzung u. a. eine eingehende Erörterung über das Recht der Gedingekürzungen. Der Nebenkläger und der Staatsanwalt vertraten dabei die kühne Ansicht, daß ohne weiteres eine Reduzierung der Gedinge erlaubt sei, wenn sich herausstelle, daß die Leute zu viel verdient hätten. Einige Steiger und verschiedene noch im Dienst der Zeche stehenden Arbeiter bestätigen prompt, daß alles in schönster Ordnung auf der Zeche gewesen, wobei aber der Hauer Salm sehr in die Enge gerät und behauptete, niemals Wetter an seiner Arbeitsstelle gehabt zu haben, während ihm sofort ein Zeuge gegenübergestellt wird, den er seinerzeit gebeten, doch einmal einen Artikel in die „Bergarbeiterzeitung“ zu bringen, um die vielen Wetter zu rügen, die kaum noch das Arbeiten ermöglichten. Dann marschierten die Mitglieder des sogenannten Arbeiterausschusses auf. Diese sollen aussagen, ob sie nach dem Unglück zur Inaugenscheinnahme der Aufräumungsarbeiten herangezogen worden sind, womit der Direktor Andree bekanntlich (am 1. Verhandlungstage) die Brüstierung und Abschießung der auf Veranlassung des Handelsministers vom Knappschaftsverein ernannten Ältesten zu rechtfertigen gesucht hat. Der erste, ein offensichtlich sehr beschränkter Mensch, weiß nicht, ob und wann er nach dem Unglück zu genanntem Zwecke eingefahren ist, weiß auch nicht, mit wieviel Stimmen er seinerzeit gewählt wurde. Das zweite Mitglied weiß, daß es mit 4 Stimmen gewählt worden ist und daß es Ende November 1909 zum ersten Male zu oben benanntem Zwecke eingefahren ist. Direktor Andree stellt fest, daß er den Ausschuß (auf Veranlassung der Bergbehörde) im Februar 1909 zum ersten Male eingeladen habe, zu Besichtigungen einzufahren (also vier Monate nach dem Unglück). — Das dritte Ausschußmitglied hat drei oder viermal von dem Recht des Einfahrens Gebrauch gemacht. Der Sachverständige Hollender berichtete dann über den seinerzeit viel besprochenen Spalt, der nach dem Unglück in der Grube entdeckt wurde und der mehrfach schon als Ursache des Unglücks angesehen worden ist, weil aus diesem vermutlich Gase ausgetreten waren. Der als Sachverständiger vernommene königliche Einfahrer Danid hielt die Staubentwicklung auf Radbod für mäßig, wenn nicht gar für gering, muß aber auf Vorhalt des Angeklagten schließlich zugeben, daß die Frage der Staubentwicklung und der Grad ganz von den örtlichen Verhältnissen abhängt. Sachverständiger Hollender erklärt, daß Kohlenstaub weder die Ursache des Explosion gewesen, noch dabei mitgewirkt habe. Er muß aber auf Vorhalt zugeben, daß die ersten, nach dem Unglück geborgenen Leichen völlig schwarz waren, was nach Ansicht der Bergarbeiter ein Beweis dafür ist, daß es sich nicht nur um eine Explosion schlagender Wetter gehandelt hat, sondern daß dabei in erster Linie auch der Kohlenstaub mitgewirkt habe.

In der Nachmittagssitzung bestätigte der Knappschaftsälteste Oehler, der vom Knappschaftsverein bestimmt worden war, bei den Aufräumungsarbeiten zugegen zu sein, daß er nach der ersten Einfahrt, zu der er von der Radbod-Verwaltung bestellt worden war, nicht wieder gerufen worden ist, obwohl er sich an den Knappschaftsverein, wie an die Radbod-Verwaltung sowohl als auch an die Bergbehörde gewandt hatte. Wegen der weiteren Befahrung hat er bis heute keinerlei Bescheid bekommen. Der Staatsanwalt vermutet, daß er vom Knappschaftsverein deswegen nicht mehr nach Radbod geschickt worden sei, weil durch die Befahrung hätten Kosten entstehen können. Ein anderer Zeuge bekundet, daß er kurz vor dem Unglück zwei Tage lang mit dem Auftauen der eingefrorenen Wasserleitung beschäftigt gewesen sei.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Erpresserprozeß gegen die „Wahrheit“ nahm am Montag in Berlin seinen Anfang. Angeklagt ist der antisemitische Reichstagsabgeordnete Bruhn, sein Bruder Paul Bruhn und die Redakteure der „Wahrheit“ Otto Weber und R. Sommer. Das Verfahren gegen den letzteren wurde abgetrennt und dann schließlich eingestellt, weil festgestellt wurde, daß die Erpressungsfälle, die ihm zur Last fielen, bereits verjährt sind. Abg. Bruhn erklärte, daß die bekannten Artikel in der „Wahrheit“ zum größten Teil erfunden waren und daß er einen eigenen Mitarbeiter hatte, dem die Aufgabe oblag, solche Dinge zu erfinden. Zwischen dem Staatsanwalt und dem Angeklagten entstand ein Streit darüber, ob die „Wahrheit“ ein nationales Organ sei. Der Staatsanwalt will nachweisen, daß die „Wahrheit“ ein Revolver- und Erpresserblatt schlimmster Sorte sei. Der als Sachverständige vernommene Inseraten-Redakteur Kluge hat 4 bis 5 Jahrgänge der „Wahrheit“ durchgesehen und bestätigt, daß die Angriffe gegen einzelne Firmen in dem Moment aufhörten, in welchem sie der „Wahrheit“ Inserate überwiesen. Unter den Sachverständigen befindet sich auch der bekannte Chefredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, Dr. Lima, der schon mehrmals in derartigen Sensationsprozessen als Zeuge oder Sachverständiger aufgetreten ist und dem Maximilian Harden seinerzeit vorgeworfen hat, daß er in dem bekannten Hardenprozeß seine Eidespflicht verletzt habe. Er will mit seinem Urteil über die „Wahrheit“ bis zum Schluß der Beweisaufnahme warten.

Zur Behandlung der Landarbeiter. Der Gutsbesitzer Gustav Reumer aus Bürsdorf-Trach, Kreis Liegnitz-Goldberg-Haynau, war vom Schöffengericht zu Haynau wegen wiederholter Mißhandlung und Körperverletzung eines 15jährigen Dienstjungen zu fünfzig Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen diese lächerlich geringe Bestrafung legte er aber trotzdem noch Berufung ein; das tat auch der Staatsanwalt, der 200 Mk. Strafe beantragt hatte. Die Beweisaufnahme vor der Strafkammer ergab folgendes: Nach Ansicht des angeklagten Gutsbesitzers war der junge Bursche natürlich zu faul und er versuchte ihm diese Eigenschaft, die in der Regel nur so manchem Agrarier selbst eigen ist, mit einem Gabelstiel auszutreiben. Ein anderes Mal bearbeitete ihn der menschenfreundliche Arbeitgeber so mit der Peitsche, daß er sich blutüberströmt flüchten mußte. Für den agrarischen Rohling war es mit diesen Mißhandlungen aber immer noch nicht genügend. Denn nach seiner Ansicht half ihm der Bursche immer noch nicht genügend die Taschen füllen. Er bearbeitete den Jungen zum drittenmal ganz gehörig mit einem Besenstiel und seinen Fäusten. Außerdem warf der prügellustige Gutsbesitzer den armen Jungen noch auf den Kuhdünger. Aus vielen Wunden blutend und über und über mit Kot beschmutzt, erstattete der Mißhandelte Anzeige. Trotz dieser Beweisaufnahme aber konnte sich die Strafkammer nicht dazu entschließen, dem Gutsbesitzer einen empfindlichen Denkzettel zu verabfolgen. Reumer braucht nur 50 Mk. für seine Mißhandlungen zu bezahlen. Wäre wohl der Knecht, wenn er den Gutsbesitzer oder einen Arbeitswilligen ebenso mißhandelt hätte, gleich billig fortgekommen? Schlechte Behandlung, unmenschlich lange Arbeitszeit und körperliche Mißhandlungen müssen es mit der Zeit dahin bringen, daß die Sklaven vom Lande ihr menschenunwürdiges Joch mit Gewalt von sich schütteln.

Aus Nah und Fern.

Nachspiel zum Allensteiner Prozeß. Vor dem Amtsgericht Berlin Mitte kamen am 22. Oktober fünf Privatklagen des Schriftstellers A. O. Weber, des Ehemannes der Frau v. Schönebeck, gegen eine Anzahl Redakteure zur Verhandlung. Die erste Klage richtete sich gegen den Redakteur der „Wahrheit“, die in einem Artikel die Art glossiert hatte, in der während des Allensteiner Prozesses die satirischen Bücher Webers in Zeitungsanzeigen angepriesen wurden, und die weiter zwei Artikel gebracht hatte, durch die einmal die Ehefrau Weber, das anderemal Weber selbst sich beleidigt fühlte, da von ihm behauptet wurde, er habe Frau v. Schönebeck lediglich des Geldes wegen geheiratet. Der Beklagte wurde wegen des ersten Artikels zu 150 Mk., wegen der beiden anderen Artikel zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die vier anderen Privatklagen Webers endeten mit der Freisprechung der Beklagten.

Wo steckt der Streikbrecher-Rädelsführer? Der berüchtigte Anführer der Moabiter Streikbrecher, Friedrich Hintze, beehrte anläßlich des Sattlerstreiks auch Leipzig mit seiner werten Person. Da er aber bei seinem Gastspiel einige Streikposten gröblich beleidigte, sollte er sich am Donnerstag deswegen vor dem dortigen Schöffengerichte verantworten. Der ehrenwerte Herr hatte es aber vorgezogen, nicht zu erscheinen, und so konnte die Verhandlung nicht stattfinden. Da der Termin schon einmal vertagt worden war, hatten die Kläger Vorführung beantragt. Wie der Vorsitzende aber mitteilte, ist es nicht möglich gewesen, den Vorführungsbefehl zu vollstrecken, weil — Herr Hintze nicht auffindbar sei. Die Berliner Polizei, bei der man angefragt habe, habe über Hintzes Aufenthalt nichts mitteilen können! — Wunderbar! Man entsinne sich, daß während des Moabiter Polizeikrawalls der Aufenthalt des ehrenwerten Herrn Hintze, der schon lange von den Militärbehörden gesucht wird, der Berliner Polizei bekannt war, daß es der Berliner Polizei aber nicht im Traume einfiel, den Hintze, der ja damals die allerdings gerade sehr „nützliche“ Tätigkeit eines Streikbrechers ausübte, festzunehmen. Und nun, da der Hintze seine ehrenhafte Tätigkeit in Moabit beendet hat, da er außer von Militärbehörden auch von Gerichten gesucht wird, da gegen ihn Vorführungsbefehle erlassen sind, ist er urplötzlich wieder spurlos verschwunden, so spurlos, daß selbst die sonst so findige Berliner Polizei ihren geliebten Schützling nicht wiederfinden kann. Wie gesagt — wunderbar!

Versuche auf Menschenmord. Die Luftschifferoffiziere von Chalet und Meudon haben interessante Versuche auf dem Eiffelturm in Paris gemacht. Es handelt sich um ein neues Angriffsverfahren gegen lenkbare Ballons, das von dem Genieoffizier Taron erfunden worden ist. Von der Vermutung ausgehend, daß es einem französischen Flugapparat gelungen ist, sich über einen feindlichen Lenkballon zu erheben, läßt der Flugapparat gegen den Ballon einen Pfeil fallen, der von der Hand des Aviatikers geworfen wird und durch seine eigene Schwere in die Tiefe saust. Der Pfeil ist so konstruiert, daß er fortwährend mit der Spitze gegen die Erde gerichtet bleibt und beim Aufprallen auf den Ballon dessen Hülle nicht nur zerstört, sondern gleichzeitig auch die Explosion einer kleinen Torpille verursacht, wodurch der gesamte Ballon samt Insassen zerstört werden kann. Die Versuche mit dem Pfeile erfolgten von der ersten Etage des Eiffelturmes auf kleine Ballons. Die Versuche verliefen sehr befriedigend und werden demnächst in größerem Umfange und aus einer größeren Höhe wiederholt werden. Wenn alle die in der letzten Zeit in den verschiedenen Staaten angestellten Versuche, wie man am besten Menschen hinmordet, in einem eventuellen Kriege in Anwendung kommen, müßten vorher Kanäle erbaut werden, um das vergossene Menschenblut abzuleiten, damit nicht die Überlebenden im Blute ersticken.

Vergiftet. Aus Duisburg wird gemeldet: Unter Vergiftungserscheinungen erkrankten nach dem Genuß von Rauchfleisch mehrere Familien schwer.

Wieder Einer! In Eisenach wurde der Stadtkämmerer Winzer, der nach Unterschlagung von etwa 35000 Mark aus Ostheim (Rhön) flüchtig geworden war und sich zuletzt in Italien aufhielt, Sonntag nachmittag festgenommen.

Schweres Unglück. In Oberursel im Taunus liefen die scheu gewordenen Pferde eines Fuhrwerks auf dem Marktplatz in eine Gruppe heimkehrender Schulkinder. Acht Kinder wurden verletzt, zwei schwer.

Mord. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, hat der 17jährige Arbeiter Holzaffner gestanden, daß er den Landtagsabgeordneten Fleckberger ermordet hat. Doch verübte er nicht, wie man allgemein annahm, die Tat aus politischen Gründen. Es liegt vielmehr eine Liebesaffäre zugrunde. Holzaffner gab weiterhin an, daß er einen Holzhackerknecht als Komplizen gehabt habe. — Bei Kitzbühel (Tirol) wurde die Leiche eines ermordeten Bauern aufgefunden. Sechs slavische Arbeiter wurden unter dem Verdacht der Tat verhaftet.

Unfall des Dampfers „Lisboa“. Der Dampfer „Lisboa“, der mit 250 Passagieren am 19. Oktober die Lobito-Bucht verlassen hatte, hat nordwestlich der Paternoster-Bucht Schiffbruch erlitten. Insgesamt sind sieben Personen ertrunken, alle übrigen befinden sich in Sicherheit. Das Schiff ist schweren Sturzseen ausgesetzt und voll Wasser. Es war in drahtloser Verbindung mit dem in Kapstadt liegenden deutschen Dampfer „Adolf Woermann“. Als letzter schwamm der Telegraphenbeamte an Land, nachdem er die Nachricht von dem Unglück abtelegraphiert hatte. Nach der Landung der Passagiere nahm ein norwegisches Fischerfahrzeug Besitz von der „Lisboa“ und hißte auf ihr die norwegische Flagge, die später wieder durch die Flagge der „Lisboa“ ersetzt wurde. Zwei Schlepper sind an die Unglücksstätte abgegangen.

Überschwemmungen am Vesuv. Aus Neapel wird gemeldet: In der Nacht zum Montag sind schwere Regengüsse niedergegangen und haben die Ortschaften am Vesuv weithin überschwemmt. Die Straßen- und Eisenbahnverbindung von Torre del Greco ist unterbrochen. Man meldet schwere Verwüstungen und Opfer an Menschenleben. Polizei und Pioniere sind nach den betroffenen Orten abgegangen. In Rom lief gestern folgende Meldung aus Neapel ein: In der vergangenen Nacht und heute morgen ist ein Wolkenbruch über den Golf von Neapel niedergegangen. Schlammmassen stürzten vom Vesuv zwischen Resina und Torre del Greco herab und verwüsteten Straßen und Felder. Die Straße des 20. September in Torre del Greco wurde fast vollständig zerstört. Zwei Familien wurden verschüttet. Bisher sind fünf Tote, darunter vier Frauen, aus den Trümmern hervorgezogen worden. Die Stadt Neapel selbst hat geringen Schaden infolge von Einsturz und Überschwemmung erlitten. Heute gegen 3 Uhr leuchtete die Sonne wieder aufs neue. Die Straßen Neapels bieten wieder ihr gewöhnliches Bild dar. In der Provinz Salerno dagegen haben mehrere Ortschaften Schaden gelitten, darunter Cetara und Amalfi. In Cetara sollen auch Menschen ums Leben gekommen sein. Da Telegraphen- und Eisenbahnverbindung unterbrochen sind, ist es unmöglich, Nachrichten von dort zu erhalten. In der Präfektur und bei der Agenzia Stefani sind Meldungen von der Insel Ischia eingetroffen, die befürchten lassen, daß auch Casamicciola und Ischia schwer betroffen sind. Doch sind Verluste an Menschenleben noch nicht zu beklagen. Der Präfekt schickte durch ein Handelsschiff sofort Hilfe. Auch Minister Luzzatti traf unverzüglich Anordnungen zur Hilfeleistung.

Die vermißten Ballons, die in St. Louis aufgestiegen und bis jetzt noch nicht gelandet sind, sollen durch eine Expedition gesucht werden. Es wird darüber gemeldet: Die kanadische Regierung entsprach dem Ansuchen des Aeroklubs St. Louis und entsandte eine Expedition, um nach dem Verbleib des Ballons „Düsseldorf“, „Azurea“ und „Amerika“ zu forschen. Der Aeroklub forderte nunmehr die Dampfer und Zollkutter, die auf den großen Seen verkehren, auf, nach den vermißten Ballons zu suchen. Man befürchtet, daß sie irgendwo in den großen Wildnissen Kanadas gelandet sind, wo sie zugrunde gehen können, bevor es möglich ist, ihnen Hilfe zu bringen. Bis zu seiner Landungsstelle legte der in Ontario niedergegangene Ballon „Germania“ etwa 1195 Meilen zurück und schlug damit wahrscheinlich den Weltrekord.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

würde — das Volk aufrufen zum Massenstreik und damit die ganze bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln heben. Wenn wir einig sind, wenn wir uns treu bleiben, so vermögen wir alles. Wir sehen der Weiterentwicklung der Dinge ruhig entgegen. Wir wirken dahin, daß das Aufklärungsmaterial, was uns die Gegner so reichlich lieferten, hineingetragen wird in jede Werkstatt, auf jeden Bau, in jede Hütte. Ein jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sei berufen, mitzuwirken an dieser Aufklärungsarbeit. Die Gegner mögen nur versuchen, nochmals ein Sozialistengesetz zu bringen; wir werden ihnen zu begegnen wissen. Wir gehen jetzt den Reichstagswahlen entgegen, bei denen jeder Mann sein Urteil abgeben könne an der Urne, leider nicht jede Frau. Aber jeder Mann habe die Gelegenheit, durch den Stimmzettel zu richten. Wenn im nächsten Jahre die Wahlen beendet sind, dann hoffen wir, daß wieder eine Million Stimmen mehr für die Sozialdemokratie abgegeben wird. Wir hoffen bestimmt, daß hier in Lübeck unser alterbewährte Genosse Tetje Schwartz mit großer Mehrheit gewählt werden wird. Aber das sei noch nicht alles. Es müsse dafür gesorgt werden, daß jeder in den sozialdemokratischen Verein und in die Gewerkschaften eintrete. Und es müsse weiter jeder Arbeiter auch die Arbeiterpresse lesen. Es dürfe nicht sein, daß noch Tausende, die sich zu den Gewerkschaftlern rechnen, nicht den „Volksboten" halten. Die Presse des Proletariats müsse unbedingt unterstützt werden, denn sie sei des Proletariats schneidendste Waffe. Wenn wir so handelten, wenn die Proletarier sich in unbezwingbaren Massenorganisationen zusammengeschlossen haben, dann müsse die Zeit kommen, wo es keine Herren mehr gibt und keine Knechte, keine Ausbeuter und Ausgebeuteten, dann wird die Zeit da sein, in der der Wille des Volkes das höchste Gesetz ist. (Brausender anhaltender Beifall.)

Trotz der Aufforderung des Vorsitzenden nahm in der Diskussion von den in recht erheblicher Anzahl vertretenen Gegnern niemand das Wort. Genosse Mehrlein wies unter dem lebhaften Beifall der Versammelten darauf hin, daß sich auch in Lübeck vor kurzem Ereignisse abgespielt haben, die von unseren Gegnern zur Bekämpfung und Verleumdung der Arbeiterschaft benutzt worden sind. Während des Werftarbeiterstreiks haben mit Revolvern bewaffnete Streikbrecher Angriffe auf friedliche Einwohner verübt. Und da brachte es die bürgerliche Presse, vor allem die einst liberale „Eisenbahn-Zeitung" fertig, die Vorkommnisse den Streikenden an die Rockschöße zu hängen, obwohl polizeinotorisch das Gegenteil erwiesen sei. Da zu erwarten ist, daß man bei einem eventuellen Zuchthausgesetz die von den arbeiterfeindlichen Blättern umgefälschten Ausschreitungen der Streikbrecher gegen die organisierten Arbeiter verwenden wird, sei es am Platze, auch hiergegen zu protestieren.

Folgende Resolution gelangt darauf einstimmig zur Annahme:

Die am 24. Oktober 1910 im Gewerkschaftshaus tagende von mehr als 3000 Personen besuchte Volksversammlung spricht ihren Abscheu über die schmachvollen Polizeitaten in Moabit aus, die von der bürgerlichen Presse zu der Fälschung benutzt worden sind, daß streikende Arbeiter sie provoziert hätten.

Nicht die kämpfenden Arbeiter, sondern die Scharfmacher und ihre Helfershelfer hatten ein Interesse an den Moabiter Vorkommnissen, um mit Ausnahmegesetzen gegen die klassenbewußten Arbeiter vorzugehen. Die Versammelten erklären es für ihre Pflicht, den Knebelungs- und Vergewaltigungsversuchen der herrschenden Kreise dadurch zu begegnen, daß sie dafür sorgen, daß sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anschließt und die Arbeiterpresse hält.

In seiner Schlußansprache hob der Vorsitzende besonders hervor, daß die Parteinahme sogar juristischer Kreise gegen die für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter schon daraus hervorgehe, daß ein hiesiger Assessor, der in der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle tätig ist, in einem Briefe an einen hiesigen Wirt zum Ausdruck brachte, daß es gar nicht schlecht gewesen wäre, wenn bei den Ausschreitungen der Streikbrecher einige Kugeln die Streikenden getroffen hätten. Diese brutale Äußerung stamme von einem Manne her, der vielleicht einmal berufen ist, Arbeitern gegenüber „Recht" zu sprechen. Nach einer eindringlichen Aufforderung an die Anwesenden, der politischen und gewerkschaftlichen Organisation beizutreten und die Arbeiterpresse, die einzig und allein hinter den kämpfenden Arbeitern stehe, zu halten, schloß Genosse Löwigt die Riesenversammlung mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 25. Oktober.

Die Bürgerschaft trat gestern zu einer recht langen Sitzung zusammen. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete zweifellos die Straßenbahnvorlage, die eine zahlreiche Zuhörerschaft angelockt hatte und die auch selbstverständlich eine längere Debatte zeitigte. Bei der Wichtigkeit der Vorlage werden wir morgen eingehend darauf zurückkommen. Die diesem Punkt vorangehenden Tagesordnungsgegenstände zeitigten eine verhältnismäßig kurze Debatte. Bei der Erbauung einer Kleinbahn von Lübeck nach Segeberg, zu der Lübeck für 800 000 Mk. Aktien zeichnen soll, wurde von verschiedenen Seiten in das Horn der Sparsamkeit geblasen. Von unserer Seite vertrat Genosse P. Pape wirkungsvoll den Standpunkt der Sozialdemokratie; mit Recht bemängelte unser Redner u. a., daß man einen Kaufvertrag mit einem Grundstücksbesitzer abgeschlossen habe, nach welchem dieser außer dem Kaufpreis für sein Grundstück auch noch die Zinsen für 1909 ausbezahlt erhalten soll. Daß dieser betr. Besitzer ein Senator ist, sei nur am Rande bemerkt. Schließlich fand der Senatsantrag Annahme, trotzdem Einmütigkeit darüber bestand, daß in einer Reihe von Jahren an eine Rentabilität der bewilligten Summe überhaupt nicht gedacht werden könne.

Bei der Nachbewilligung von 7000 Mk. für starke Fensterverglasung der Heilanstalt Strecknitz rügte Genosse Ehlers mit Recht, daß man nicht schon früher die Notwendigkeit der Benutzung stärkerer Scheiben erkannt habe. Der Senatsantrag fand nach Ablehnung eines überflüssigen Antrages auf Kommissionsberatung Annahme.

Der nächste Punkt betraf die schon erwähnte Straßenbahnvorlage, deren Beratung lebhafte Debatten auslöste. Gegen 11 Uhr trat Schluß der Sitzung ein.

„Die Presse ist das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung." Diese Worte unseres alten Vorkämpfers Wilhelm Liebknecht sollten heute mehr beherzigt werden denn je. Der Kapitalismus, der dem Staatswesen, dem Schulwesen usw. das reaktionäre Gepräge verleiht, legt auch seine hemmende Hand auf die Presse, deren hoher Beruf es ist, zum Fortschritt der Menschheit ihr gut Teil beizutragen. Ja, geldgierige Spekulanten benutzen die Presse, das stärkste Bollwerk der Freiheit des Denkens als Mittel zum Zweck zum mühelosen Geldverdienen. Da nun staatliche und kommunale Behörden regelmäßig größere Aufträge zu vergeben haben und diese die Zeitungen begehren, so richten sie sich mit ihrer Meinung immer nach dem Winde. Wie es in solchen Redaktionen mitunter zugehen kann, erzählt ein Redakteur, der lange Jahre in einer westdeutschen Kreisstadt das willenlose Werkzeug des Landrats spielte. Bei einer Unterredung mit dem Landrat nach den Reichstagswahlen 1908 fährt dieser ihn ziemlich ungnädig an:

„Ich muß Sie wirklich bitten, Herr Redakteur, fester auf die Sozialdemokratie einzuhauen. In der jüngsten Reichstagswahl haben diese gegen früher 300 Stimmen gewonnen. Sie müssen das Volk mehr bearbeiten. Vor allen Dingen bitte ich mir aus, daß Sie nichts bringen, was geeignet sein könnte, Majestät und Regierung in ein schiefes Licht zu stellen. Wenn Sie das nicht wollen oder können, müssen wir uns den geeigneten Mann dafür suchen."

Für die Reden von Bebel und Liebknecht war er angewiesen zu erwähnen, daß sie versucht hätten, in ihrer üblichen Weise den Eindruck des Regierungsredners zu schmälern. Man sieht also, welche „unverfälschte" Wahrheit für das Volk gut genug ist. Daß diese Zeitungen bei Lohnbewegungen stets auf der Seite der Unternehmer zu finden sind, wird man sich denken können. Dieses alles läßt diese Art Presse als ein wirksames Mittel der Knechtung erscheinen. Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und es wird das wirksamste Mittel der Befreiung. Was die Aufgaben der Arbeiterpresse sind, hat Kautsky in der „Wiener Arbeiter-Zeitung" zur Feier ihres zehnjährigen Bestehens gesagt:

„Mit dem Schulunterricht und der Presse ersteht nun wieder die Möglichkeit, daß die Volksmassen aufgeklärt werden über die Politik in der Welt und dadurch befähigt sind, diese Politik selbst zu bestimmen. Aber der Presse droht eine neue Gefahr durch die großen herrschenden Mächte, Kapital und Regierung, die sich des Zeitungswesens bemächtigen und es benutzen, die Volksmassen irrezuführen. Können diese doch heute nur noch durch die Presse erfahren, was ihnen not tut, können sie doch nur dadurch ein Bild von der Welt gewinnen. Je nach der Presse, die ihnen zur Verfügung steht, gestaltet sich auch ihr Weltbild und die Politik, die sie befolgen. Die Presse ist eines der gewaltigsten Machtmittel der herrschenden Klasse, aber sie ist auch jenes, was schon im jetzigen Staate ihr am ehesten entwunden werden muß. Aber noch viele wissen nicht, daß Wahlkämpfe und gewerkschaftliche Kämpfe fruchtlos sind, wenn nicht ein Erstarken der Parteipresse mit ihnen Schritt hält. Daß die Hand nicht frei ist, die von einem unfreien Kopfe gelenkt, daß es gilt, nicht bloß die Fäuste zu befreien, sondern auch die Köpfe, und daß das wirksamste Mittel unter den heutigen Verhältnissen die Köpfe der Proletarier völlig frei von klerikaler und kapitalistischer Bevormundung zu machen und zu erhalten, die Presse ist."

Darum ihr freien Gewerkschaftler, die ihr noch nicht Abonnenten des „Lübecker Volksboten" seid, an euch richten wir die Mahnung, das Versäumte nachzuholen. Die Arbeiterpresse ist der starke Rückhalt im gewerkschaftlichen Kampfe.

Straßensperre. Die Roeckstraße wird auf der Strecke von der Schulstraße bis zur Paulstraße vom 26. Oktober d. Js. ab voraussichtlich auf die Dauer von acht Tagen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

pb. **Diebstähle.** In einem Tanzlokale ist in der Nacht vom 24./25 ds. Mts. ein aus dunkelgrauem Stoff gearbeiteter Herbstüberzieher mit schrägen Taschen abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Er ist mit schwarzer Seide gefüttert, hat schwarze Stoffknöpfe, und ist mit einer Aktentasche versehen. — Am 20. ds. Mts. ist auf der Chaussee bei Buntekuh von einem Wagen eine graue Pferdedecke mit dunklen Streifen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Ein diebischer Spezialist.** Es ist in letzter Zeit fortgesetzt, und zwar meistens in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag, vorgekommen, daß ein Dieb durch ein offenstehendes Fenster eingestiegen ist, und aus den Taschen der an der Wand hängenden bezw. auf Stühlen liegenden Kleidungsstücken die Portemonnaies herausgenommen hat. Er scheut sich nicht, in die Schlafzimmer der Bewohner einzudringen, in denen Personen schlafen. Wenn die Personen erwachen, springt er schnell wieder zum Fenster hinaus. Nach der Beschreibung von Leuten, die ihn gesehen haben, scheint es sich in allen bekannt gewordenen Fällen, um ein und dieselbe Person zu handeln. Es wird daher gewarnt, in den Räumen des Erdgeschosses während der Nacht Fenster offen zu lassen.

pb. **Zwei Gauner.** Am Sonntag, dem 23. d. Mts., mieteten sich zwei gut gekleidete Herren in einem Hause der Holstenstraße je ein Zimmer. Sie gaben sich als Monteure einer Firma in der Katharinenstraße aus. Im Laufe des Nachmittags des 24. d. Mts. sind beide, nachdem sie im Hause einen Diebstahl ausgeführt haben, verschwunden. Gestohlen wurden: 1 neuer Jackettanzug aus blauem Stoff mit weißen Punkten, 1 neuer Jackettanzug aus dunklem Stoff mit weißen Punkten, 1 getragene schwarze Hose, 1 Manschettenhemd mit blauen Streifen, 1 Paar neue gelbe Schnürschuhe, und 1 Shagpfeife mit 2 Röhren. Der eine der Männer soll Dohr heißen. Er ist etwa 21 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat kleinen rötlichblonden Schnurrbart, kurz geschnittenes Haar, schlechte Zähne im Oberkiefer und war bekleidet mit steifem Hut, langem hellen Rock und dunkler Hose. Der zweite soll Emil oder Karl Moll heißen und aus Düsseldorf stammen. Er ist etwa 34 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat dunkles Haar, Anfang von Glatze, hageres Gesicht und war bekleidet mit schwarzem steifen Hut, dunklem Anzug und Stehumlegekragen.

Ein Druckfehler ist im gestrigen Artikel über die Arbeitergärten enthalten. Die einzelnen Gärten sind **300 qm** groß und nicht 30 qm, wie es irrtümlich heißt.

Hansa-Theater. Am Sonntag abend war das Hansa-Theater ein Magnet für viele Tausende, die sich einen vergnügten Abend verschaffen wollten. Das Ensemble des Berliner Thalia-Theaters, welches zurzeit mit seiner Posse „Polnische Wirtschaft" hier gastiert, ist in jeder Hinsicht erstklassig und man konnte sich gestern wieder überzeugen, wie dankbar das Lübecker Publikum sich derart vorzüglichen Darbietungen gegenüber verhält. Das Theater war Sonntag total ausverkauft und mußten Hunderte an der Kasse zurückgewiesen werden.

Im Variete Universum, Beckergrube, findet am Mittwoch und Donnerstag großer Komödienabend statt. Um den Besuch jedem zu ermöglichen, hat der Besitzer für diese beiden Abende Freikarten ausgegeben. Zahlreicher Besuch ist wohl zu erwarten.

Stadthallen-Theater. Gesamtgastspiel Luise Willig, kgl. preuß. Hofschauspielerin, mit Ensemble. Mit der Willig in der Hauptrolle gelangt „Gioconda" am Freitag, dem 28. d. M., in unserem Stadthallen-Theater zur Darstellung. Neben Luise Willig werden unsere Kunstfreunde eine Reihe erster Kräfte bewundern können. Für Inszenierung und Ausstattung ist bestens gesorgt, sodaß wir von der „Gioconda"-Vorstellung am Freitag einen bedeutenden künstlerischen Genuß erwarten dürfen.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet die Uraufführung des neuen Schwankes „Die drei Klingelzüge" von Ernst Albers statt. — In den Hauptrollen sind die Damen Thornegg, Voß, Werner, Gerlach, Tscherning, sowie die Herren Ellmar, Taube, Brodowski, Scholz, Heydecker und Meynadier beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Herrn Oberregisseurs Fuchs. — Am Donnerstag geht C. M. von Webers romantische Oper „Der Freischütz" in Szene. — In Vorbereitung befindet sich das Schauspiel „Die Stützen der Gesellschaft" von Henrik Ibsen und die Opern-Novität „Madame Butterfly" von Puccini.

Bremen. Zum Straßenbahnerstreik. Die Aufsichtsbehörde der Bremer Straßenbahn bemüht sich, in der bürgerlichen Presse die öffentliche Meinung gegen die Streikenden mobil zu machen. Sie erläßt eine spaltenlange Erklärung, in der sie die Öffentlichkeit darüber „aufklärt", daß die Straßenbahner „in rechtswidriger Weise und unter völliger Außerachtsetzung der Interessen der bremischen Bevölkerung in den Streik getreten" seien. Die Forderung auf Anerkennung der Organisation stellt sie als vom politischen Machtkoller getragen hin. Nur der „parteipolitischen Agitation" des Transportarbeiterverbandes, der die Lohnbewegung zu einer „politischen Machtfrage" stempele, sei es zuzuschreiben, daß die Arbeitgeber und das Publikum so sehr geschädigt wurden. Zum Schluß heißt es in der Erklärung:

„Wir sind stets bereit gewesen, mit unseren Angestellten über ihre Wünsche sachlich zu verhandeln, wir sind dazu auch heute und noch für wenige Tage bereit, obwohl unsere bisherigen Angestellten jedes Recht auf Verhandlung und Wiedereinstellung durch ihren Vertragsbruch verloren haben. Wir müssen es aber unter allen Umständen im Interesse der Aufrechterhaltung der für einen Straßenbahnbetrieb unerläßlichen Disziplin ablehnen, mit einem Verbande zu verhandeln, der außerhalb unseres Betriebes und unseres Verhältnisses zu unseren Angestellten liegende Ziele verfolgt und diese Disziplin gefährdet. Wir sind der Überzeugung, daß auch unsere staatliche Aufsichtsbehörde und die Mehrheit unserer Bevölkerung die Anerkennung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes als Vertreter unserer Angestellten nicht billigen könnte."

Von diesem Herrn-im-Hause-Standpunkt wird auch die Bremer Straßenbahndirektion noch abkommen müssen.

Bremerhaven. Neue Differenzen auf der Werft C. Tecklenborg A.-G. in Bremerhaven sind ausgebrochen. Allen Abmachungen zum Trotz übt die Betriebsleitung sich jetzt in Maßregelungspraktiken. Sie entließ Arbeiter, „weil ihre Leistungen nicht genügten" Daraufhin haben am Sonnabend 100 Nieter und Stemmer die Arbeit niedergelegt.

Bremerhaven. Ein schweres Bootsunglück, bei dem vier Personen den Tod gefunden haben, ereignete sich Montag vormittag auf der Weser zwischen Bremen und Meyers Legde. Der Wirt Feldmann von hier unternahm in aller Frühe trotz des herrschenden böigen Ostwindes in Begleitung seiner etwa 10 Jahre alten Tochter und dreier Matrosen eine Fahrt nach dem Hohenwegleuchtturm. Die Hinfahrt scheint ohne Zwischenfall verlaufen zu sein. Während der Rückfahrt aber hatte das Schiff gegen Wind und Wetter anzukämpfen. Hierbei dürfte, wenigstens nach der Schilderung des einzigen geretteten Matrosen, der sich bis kurz vor der Katastrophe in der Kajüte aufgehalten hat, eine Person über Bord gefallen sein. In dem Bestreben, diese zu retten, werden dann die Schiffsinsassen sämtlich nach der einen Seite des Fahrzeugs gelaufen sein, wodurch dieses in dem Augenblick, als der Matrose aus der Kajüte an Deck kam, zum Kentern gebracht wurde. Sämtliche Insassen stürzten ins Wasser. Dem Geretteten gelang es, das Mädchen zu ergreifen und es über Wasser zu halten. Er hielt sich an den Segeln des gekenterten Fahrzeuges fest, wurde dann aber mit diesem in die Tiefe gerissen und hat hierbei das Kind aus den Händen verloren. Der in der Nähe der Unfallstelle weilende Fischdampfer „Baldur" nahm die Rettungsarbeiten sofort in Angriff, konnte aber leider niemand außer dem Matrosen retten. Die Leichen der Verunglückten dürften hierbei gleichfalls gefunden werden.

Standesamtliche Nachrichten

vom 16. bis 22. Oktober 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

Oktober. 8. Vize-Feldwebel K. W. A. O. Schröter. 11. Arbeiter W. K. A. Blohm. Handlungsgehilfe M. Junge. 12. Kaufmann J. F. A. Millien. 14. Maurer J. F. A. Paasch. Eisenbahn-Wagenschieber H. F. Chr. Klopp. Arbeiter Fr. Chr. H. Dahlenburg. 15. Maschinist P. J. K. Mortensen (Zwillinge). Hafenarbeiter W. J. H. Ruhberg. Arbeiter A. C. W. Schulze. 16. Arbeiter B. C. Wegert. Handlungsgehilfe A. R. G. Westphal. Arbeiter H. E. Derjung. Schuhmacher J. Lukaszek. 17. Klempner G. W. L. Berggren. Arbeiter H. J. Möller. Modelltischler F. Esser. Maschinist J. F. Kißmann. Obermüller A. H. H. Abs. 18. Schmied P. L. Vogt. Arbeiter Th. E. L. Nimz. 21. Sargträger J. H. Piepjunge (Krempelsdorf).

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

Oktober: 10. Maurer O. A. C. Jäger. 11. Nieter H. J. W. Schümann. 12. Musikinstrumentenhändler J. H. P. H. Eggert. Kaufmann F. K. Th. Radbruch. 14. Lokomotivheizer J. F. H. Böttcher. 15. Buchhalter A. O. Dachsel. Heizer J. Chr. Chr. Lühr. Maschinist J. Augustin. 17. Gärtner F. H. Chr. D. Reshöft. Maurer C. H. J. M. Hamer. Schneider L. J. M. Soltwisch. 18. Stationsarbeiter C. F. H. Beth. 19. Arbeiter J. H. F. Fischer. 20. Arbeiter W. H. L. Börmck. 21. Arbeiter C. A. D. Derlien. 22. Arbeiter C. L. E. Gruhnow.

Angeordnete Aufgebote.

17. Oktober. Geschäftsreisender H. Grumbacher in Bischheim und B. Mendelsohn. Ingenieur C. A. T. Firnhaber in Flensburg und M. A. C. E. P. Jack. Drechsler H. M. J. Rothenstein und M. S. C. Steinhagen. Arbeiter A. P. F. Meyer und S. M. D. Schoof. 18. Schlossermeister M. H. Schnaack und M. C. A. Lübbers in Panten. Musiker L. H. Wenck und A. M. E. Burmester in Mölln. Schlosser F. A. Kunze in Scharmbeck und M. Schröder in Westerbeck. Tischlergeselle P. H. Wendt und M. E. Kuehnke, beide in Hamburg. Kaufmann H. A. Kemper und D. M. W. Seyrich in Jena. Dienstknecht K. F. Reimer und E. M. M. Südel, beide in Kletkamp. Techniker A. W. C. Wittholt in Kiel-Hassee und L. Fischer in Dessau. Vorarbeiter J. P. H. F. Dunker und M. J. M. Stender. 19. Kassierer M. S. H. Thies und E. C. S. E. Herold. Arbeiter W. H. A. Evers und W. H. R. Rohlf in Dessau. 20. Dreher C. J. F. Popp und E. F. L. Düsedau. Feinmechaniker A. F. C. Meumann und F. D. H. Schmidt. 21. Schreiner L. Wockelmann in Opladen und H. Platte in Niedermassen. Tapezier und Dekorateur A. W. L. B. Meinke und E. F. H. Streck.

Vizefeldwebel J. H. C. M. Vick und M. Bahl. Handlungsgehilfe R. O. H. Siem und A. M. C. Pott. Schulwärter L. H. K. Rutenberg und B. M. C. Bannow. 22. Maschinist P. A. W. Bumann und E. M. K. Jacobsen. Landmann J. H. A. Reimers und E. C. W. Franck in Ahrensböck.

Eheschließungen.

18. Oktober. Schornsteinfeger A. F. F. Brigge und A. B. Twardella in Oberhausen. Lokomotivheizer W. H. F. Sülter und S. E. K. Lübbe. Geschäftsreisender P. Lauritzen und Witwe E. D. C. Schlichting geb. Höppner. 20. Schiffszimmermann M. Larsch in Hamburg und A. A. Losch. Arzt Dr. med. F. A. Eschenburg und G. Gaedertz. 21. Maschinen-Ingenieur H. J. Kaßner in Göppingen und J. A. D. Grützmacher. Lokomotivhilfsheizer J. C. L. Koop und W. S. E. Dorendorf. Schlachter A. P. H. Kossel und M. L. A. Eckmann. Kaufmann H. H. R. Ponto in Hamburg und M. B. L. H. C. E. Schmidt in Bad Nauheim. Kaufmann W. Thiel in Kiel und E. H. M. J. Fahle. 22. Arbeiter K. J. E. Maaß in Warnsdorf und A. M. L. Busch. Zimmermann E. A. Burmeister und M. H. W. F. Borgert. Butterhändler J. H. M. Bruhn und E. M. C. Wiegers. Nieter H. H. W. Eichhof und A. M. M. Graack. Arbeiter H. F. W. Bruhns und die Witwe E. F. Giebelstein geb. Rogge. Schlosser F. H. D. Meyer und P. E. E. Hansen. Schlosser H. F. E. Glawe und M. C. E. Karsten. Arbeiter J. H. P. Brube und M. H. A. Müller. Musiker H. Hinz in Marienthal und M. M. C. C. Kanis.

Sterbefälle.

15. Oktober. Ein totgeb. Mädchen, V.: Maschinist J. Augustin. A. D. F. geb. Hansen. Witwe des Schiffsmaklergehilfen G. J. N. Wehr, 64 J. H. M. Engel, 1 T. 16. F. S. L. Hörnlein, 3 M. Maurer J. G. H. Bartheidel, 56 J. Ein totgeb. Mädchen, V.: Klaviertechniker E. P. E. H. A. F. Jack. 17. C. E. geb. Schröder, Witwe des Hufners Th. H. Schröder, vorher verw. Reimer, 78 J. E. M. M. geb. Kröger, Witwe des Zigarrenfabrikanten J. Chr. D. Jäde, 86 J. Früherer Träger J. H. Chr. Moll, 87 J. Privatmann P. A. C. Kieckbusch, 63 J. (Ahrensbök). Bauunternehmer J. H. Chr. Weber, 53 J. W. A. E. Schlatom, 1 M. M. S. Schildknecht, 37 J. 18. B. E. Barck, 22 T. Maschinist A. Trawinski, 40 J. Tischler E. Wardius, 21 J. W. A. F. Wohlgemuth, 1 M. Arbeiter H. H. Mueß, 82 J. Arbeiter J. J. F. Jarchow, 58 J. Weinhändler J. Chr. H. Steen, 14 J. Arbeiter J. H. F. Nuß, 45 J. 19. F. D. M. geb. Siggelow, Witwe des Bahnarbeiters H. Chr. C. Luth, 68 J. 20. Lokomotivheizer a. D. H. L. D. Petersen, 78 J. R. A. F. W. E. G. Kersten, 1 J. H. K. Chr. K. Jürs, 1 M. Ein totgeb. Knabe, V.: Gärtner H. F. W. Oldenburg. S. D. M. geb. Hackmann, Ehefrau des Maurers O. A. C. Jäger, 31 J. M. L. E. A. geb. Schroeder, Ehefrau des Privatmannes H. W. F. Hasse, 69 J. M. E. Freitag, 29 T. (Vorwerk). 21. Schneider G. Jühlke, 55 J. S. E. M. geb. Knaack, Witwe des Schauermannes A. F. A. Thies, 36 J. (Barmstedt i. H.).

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altona-Ottensen, 6. schleswig-holst. Kreis, Restbeitrag 219,80; desgl. 2. Quartal 1910 500,—. Berlin-Groß, a konto seiner acht Wahlkreise 15 000,—. Berlin, diverse Beiträge 354,95. Bern 50,—. Butzbach, J. O. u. K. O., August und September 10,—. Cöln a. Rh., Reg. W. 20,—. Dresden, 6. sächs. Reichst.-Wahlkr., a konto der Beiträge für 1910/11 3500,—. Duisburg, 3. Quartal 1910 509,73. Delmenhorst, 3. oldenb. Kreis, 2. Quart. 1910 108,30. Falkenberg (O.-Schl.) 3,—. Firenze, Th. v. W. 10,—. Kattowitz, Beitrag der V. V. S., 3. Quart. 1910 234,30. Leipzig-Stadt, 12. sächs. Reichst.-Wahlkr. a konto der Beiträge 1910/11 500,—. Leipzig-Land, 13. sächs. Reichst.-Wahlkr., a konto der Beiträge 1910/11 6000,—. Offenbach-Dieburg 1570,62. Plauen i. V., E. 1.—, Schwerin, 2. mecklenb. Reichst.-Wahlkr., Restbeitrag für 1909/10 227,42. Sangerhausen, S. W. 100,—. Toluca (Mexiko), Lokal-Union deutscher Glasarbeiter 250,—.

Berlin, den 17. Oktober 1910.

Für den Parteivorstand: J. V.: Fr. Ebert,
Lindenstraße 69.

Literarisches.

Arbeiterversicherung und Alkoholismus von Albert Kohn. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund (J. Michaelis), Berlin SO 16, Engel-Ufer 19. — 24 Seiten 30 Pfennig, billige Ausgabe 10 Pfg. Der Verfasser ist besonders berufen, dieses Thema zu behandeln, steht ihm doch als Leiter einer großen Ortskasse ein reiches Material zur Verfügung. Aber Kohn beschränkt sich nicht darauf; er verarbeitet im wesentlichen diejenigen Erfahrungen, die anderenorts auf diesem Gebiete gesammelt sind. Er weist unter anderem an Hand der Jahresberichte von Krankenhäusern den Umfang des Alkoholismus nach. Später führt Kohn die verschiedensten Maßnahmen auf, die die einzelnen Berufsgenossenschaften in bezug auf Alkoholbekämpfung vorgenommen haben. Das Kapitel Alkohol und Unfall erfährt ebenfalls eine umfassende Behandlung. — Das Büchlein repräsentiert sich somit als ein außerordentlich guter und vor allen Dingen billiger Führer. Wir empfehlen unsern Lesern die Anschaffung aufs wärmste. Jede Parteibuchhandlung besorgt die Lieferung.

Herwegh. In der so schnell bekannt gewordenen „Goldenen Klassiker-Bibliothek" des deutschen Verlagshauses Bong u. Co. ist jetzt auch eine vollständige Ausgabe der Werke Georg Herwegs, von Hermann Tardel besorgt, erschienen. Herwegh darf heute beanspruchen, rein um seiner dichterischen und geschichtlichen Bedeutung willen gelesen und gewürdigt zu werden, unabhängig von seinen politischen Tendenzen, die ihm einst seinen frühen Ruhm und die ungeheure Wirkung verschafften. Der Herausgeber hat denn auch alles getan, um dem Leser eine objektive Beurteilung des Dichters zu ermöglichen. Außer den „Gedichten eines Lebendigen", auf denen im wesentlichen bis heute Herwegs Ruhm beruht, sind die Sammlungen „Gedichte und kritische Aufsätze" und die nach seinem Tode erschienen „Neuen Gedichte" hier zum erstenmal wieder abgedruckt. Eine ausführliche Darstellung des interessanten Lebenslaufes, Einleitungen zu den einzelnen Sammlungen und erklärende Anmerkungen unterstützen Genuß und Verständnis der Werke aufs glücklichste. Die Ausgabe ist nach den Grundsätzen der „Goldenen Klassiker-Bibliothek" aufs beste ausgestattet. Der gediegene Einband, das holzfreie Papier und der große, klare Druck lassen nichts zu wünschen übrig. Streng durchgeführte Vers- und Zeilenzählung, reichliche Register erhöhen die Benutzbarkeit nicht unbeträchtlich. Als vortrefflich ausgeführte Bilderbeilagen zieren den Band ein Porträt und eine Handschriftprobe Herweghs. Erwägt man, daß die Ausgabe trotz all dieser Vorzüge für den geringen Preis von 2 Mk. zu haben ist, so wird man mit seiner Anerkennung für diese Leistung des Verlagshauses Bong u. Co. nicht zurückhalten und die Ausgabe den weitesten Kreisen zur Anschaffung empfehlen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

D. M. V.
Donnerstag, den 27. Oktober, abends präzise 8½ Uhr:
Komitee-Sitzung
im Gewerkschaftshaus.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Becker am Grabe der Entschlafenen sagen hiermit herzlichen Dank.
Die Hinterbliebenen.
Carl Jäger jun.

Tüchtige
Arbeiterinnen
werden gesucht.
Heinr. Ihde Nfl.
Töpferweg 63.

Arbeiterinnen
gesucht
Aug. Schumacher
Ernestinenstraße 3.

Größeres saub. Laufmädchen
sucht Hüxstraße 38 pt.

Verl., der Sonntag, 23. d., in Friedrichshof e. schw. Paletot m. Samtkr. mitgen., w. erj., dens. da wied. abzul., widrigenf. d. Erk. ger. bel. w.

Gelbe Eierkartoffeln 200 Pfd. 7 Mk. 50 Pfg., lange gelbe Eßkartoffeln 200 Pfd. 6 Mk. 50 Pfg., gelbe Hamb. Eßkartoffeln 200 Pfd. 6 Mk. 50 Pfg., gute Magn. bonum-Eßkartoffeln 200 Pfd. 5 Mk. 50 Pfg. frei Haus. Deveran 13.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft Fischergr. 52.

Kochäpfel
hochfein, 10 Pfund Mk. 0.65.
Daueräpfel
(Hofjungfer) 10 Pfund 90 Pfg., sowie sämtliche andere Sorten riesig billig. Wilhelm Böttcher, Alfstraße 11.

Durch Zufall!
Posten Schafe und Lämmer, wovon ich ab heute das Pfd. Hammelfleisch mit 60 Pfg., Hammelkeule mit 75 Pfg. abgebe.
Fr. Möller, Wakenitzmauer 86.

Der Clou
ist
O.P.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste
Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München ❊ ❊ Zeitschrift für Humor und Kunst ❊ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ❊
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 41

Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 41III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Neu! Neu!
Apollo-Theater.
Theater lebender Photographien.
Mühlenstraße 46.
Heute: Neues Programm.
H. Wullenweber.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

Unsere
ABC-Schützen
holen für die Mutter beim Kaufmann am liebsten die
Pflanzenbutter-
Margarine, Marke
Cocosa
Sie wissen nämlich, dass man pro Pfund die regelmässig erscheinende Nummer des Unterhaltungsblattes vom kleinen Coco gratis erhält. Cocosa ist ein unvergleichliches Butter-Ersatzmittel für Tafel und Küche.
Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.
Ueberall erhältlich!
Alleinige Fabrikanten:
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhld.)

Achtung!
Empfehle mich als Schlachter zur Hausschlachterei für Schwartau und Umgegend und bitte um geneigten Zuspruch. Bestellungen nehme jederzeit entgegen.
H. Boldt, Schlachter, Schwartau, Töpferberg 6.

Panorama
Breitestr. 53, I., Fl.
Berner Oberland.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Die Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 26. ds. Mts., findet nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Universum.
Mittwoch und Donnerstag:
Zwei große Komödienabende.
„Drei Komödien".
Dazu noch das Männerquartett „Lubeka".
NB. Ausgabe von Freikarten für diese beiden Vorstellungen von 10 Uhr morgens bis 3 Uhr nachm. Auch diese Annonce gilt als Freikarte.

Hansa-Theater
Täglich
abends 8¼ Uhr:
Gastspiel des Berliner
Thalia-Theaters.
Der Schlager v. Berlin 1910!
Polnische Wirtschaft.
Posse mit Gesang und Tanz in drei Akten.
50 Darsteller und Darstellerinnen. 50
Vorzugskarten mit Datum bis 31. Oktober haben Gültigkeit.

Stadthallentheater.
Freitag, 28. Okt. Abends 8 Uhr.
Einmaliges Gesamt-Gastspiel
Louise Willig, Königl. Preuß. Hofschauspielerin.
Margarete Paschke, Marianne Bratt, vom Berliner Theater, Berl.
Paul Pauly, v. Schillertheater, Berlin.
Viktor Senger, v. Deutschen Th., Köln.
(Direktion: Georg Berg, Berlin.)
Die Gioconda.
Tragödie von Gabriele d'Annunzio.
Erhöhte Preise! Dutzendk. ungült.!
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 26. Okt. Abds. 8 Uhr.
Bei kleinen Preisen!
Außer Abonnement.
Uraufführung!
Die drei Klingelzüge.
Schwank von Ernst Albert.
Donnerstag, 27. Oktober. 7½ Uhr.
Der Freischütz.
Romant. Oper von C. M. v. Weber.